

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU

DE



JAHRESBERICHT 2019



Europäisches Parlament

DIE PARLAMENTE IN DER EUROPÄISCHEN UNION



Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.



751 Sitze*



Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat von ihrem jeweiligen Staats- oder Regierungschef und im Rat von ihrer jeweiligen Regierung vertreten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihrem nationalen Parlament oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind auf EU-Ebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten.



Council of the European Union

Die nationalen Parlamente tragen aktiv zur guten Arbeitsweise der Europäischen Union bei, indem sie...



...von den EU-Organen unterrichtet und ihnen Entwürfe von EU-Rechtsvorschriften übermittelt werden.



...für die Achtung des Subsidiaritätsprinzips sorgen.



...sich an den Bewertungsmechanismen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beteiligen und in die politische Kontrolle von Europol und die Bewertung von Eurojust einbezogen werden.



...sich an den Verfahren zur Änderung der EU-Verträge beteiligen.



...über Anträge auf Beitritt zur Europäischen Union unterrichtet werden.



...sich an der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament beteiligen.



Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union gestaltet und gefördert werden kann.



Eine Konferenz der Europa-Ausschüsse der Parlamente kann jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zur Kenntnis bringen. Diese Konferenz fördert ferner den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

*Ab dem 1. Februar 2020 hat das Europäische Parlament 705 Sitze, nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Januar 2020.

Jahresbericht 2019

Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU

Dieser Bericht ist eine Veröffentlichung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments, die Teil der Generaldirektion Präsidentschaft des Europäischen Parlaments ist.

Katrin RUHRMANN

Direktorin

katrin.ruhrmann@europarl.europa.eu

Jesús GÓMEZ

Referatsleiter, Referat Legislativer Dialog

jesus.gomez@europarl.europa.eu

Pekka NURMINEN

Referatsleiter, Referat Institutionelle Zusammenarbeit

pekka.nurminen@europarl.europa.eu

Manuskript erstellt von:

Hanneke WESTERBAAN

Verwaltungsrätin, Referat Legislativer Dialog

hanneke.westerbaan@europarl.europa.eu

Redaktionsschluss: 30. April 2020.

relnatparl@ep.europa.eu

<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home.html>

Alle Fotos und Abbildungen © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

JAHRESBERICHT 2019

INHALTSVERZEICHNIS

Wichtige Entwicklungen und Themen auf der interparlamentarischen Agenda im Jahr 2019	10
1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN	16
1.1 Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC)	16
1.2 Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)	18
2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)	20
2.1 Europäische Parlamentarische Woche (EPW), Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union und Konferenz zum Europäischen Semester	20
2.2 Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)	23
3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE UND BEWERTUNG IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS	26
3.1 Gemeinsame parlamentarische Kontrolle über Europol: ein innovativer institutioneller Rahmen für die parlamentarische Kontrolle	26
3.2 Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)	29
3.3 Die Europäische Grenz- und Küstenwache	30
4. INTERPARLAMENTARISCHE TREFFEN	31
4.1 Interparlamentarische Ausschusssitzungen (ICM)	31
4.2 Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU und multilaterale parlamentarische Versammlungen	34
4.3 Bilaterale Besuche von Parlamenten der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament	35
4.4 Nutzung von Videokonferenzen für den bilateralen Austausch	37
5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU	38
5.1 Frühwarnsystem und Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon	38
5.2 Informeller politischer Dialog und Protokoll Nr. 1 zum AEUV	41
6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN	44
6.1 Interparlamentarischer EU-Informationsaustausch (IPEX)	44
6.2 Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)	46
6.3 Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel	47
6.4 Seminare für Mitarbeiter	48

7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN	49
7.1 CONNECT _____	49
7.2 Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom) _____	50
7.3 Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes _____	50
7.4 Veröffentlichungen der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten _____	51
8. DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN	53
ANHANG	54
ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2019 _____	54
ANHANG II - Von den Ausschüssen des Europäischen Parlaments in Brüssel organisierte interparlamentarische Treffen im Jahr 2019 _____	55
ANHANG III – Besuche nationaler Parlamente im Europäischen Parlament (einschließlich Videokonferenzen) 2019 _____	56
ANHANG IV – Daten über das Frühwarnsystem _____	62
ANHANG V – Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Beiträge – informeller politischer Dialog ____	63
ANHANG VI – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) _____	64

Vorwort der Vizepräsidentinnen des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU zuständig sind

Dieser jährliche Tätigkeitsbericht der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gibt einen Überblick über alle Tätigkeiten und Entwicklungen im Bereich der interparlamentarischen Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten im Jahr 2019. An dieser Zusammenarbeit waren 41 nationale Parlamente und Kammern in den 28 Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament beteiligt.

2019 war ein Jahr des Wandels. Im Mai wurde ein neues Europäisches Parlament gewählt, wobei die Wahlbeteiligung die höchste der letzten 20 Jahre war. Die europäischen Bürger und insbesondere die jungen Wähler haben ein starkes Signal gesendet, dass sie sich an der Gestaltung der Zukunft der Europäischen Union beteiligen wollen und dass die EU für sie wichtig ist.

2019 war auch das letzte Jahr, in dem das Vereinigte Königreich Mitglied der EU war. Auch wenn wir den Beschluss des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, bedauern, respektieren wir ihn. Die Definition der künftigen Beziehungen wird eine der Herausforderungen des Jahres 2020 sein. Der Chefunterhändler der EU, Michel Barnier, hat 2019 regelmäßig auf zahlreichen interparlamentarischen Treffen gesprochen, wodurch er die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament während der gesamten Brexit-Verhandlungen umfassend auf dem Laufenden gehalten hat. Für uns gibt es keinen Zweifel, dass diese ausgezeichnete Beziehung auch während der Verhandlungen über die künftigen Beziehungen Bestand haben wird.

2019 wurde auch der 10. Jahrestag des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon, des sogenannten „Vertrags der Parlamente“, begangen. Die interparlamentarische Zusammenarbeit hat sich durch den Vertrag von Lissabon grundlegend gewandelt und die nationalen Parlamente sind dadurch zu Akteuren auf europäischer Ebene geworden. Durch den Mechanismus der Subsidiaritätskontrolle und den informellen politischen Dialog haben die nationalen Parlamente ein von ihren Regierungen unabhängiges Mitspracherecht in Bezug auf europäische Rechtsvorschriften erhalten. Das hat dazu beigetragen, die demokratische Legitimität der EU zu stärken.

Die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten haben sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Es gab eine intensive interparlamentarische Debatte und einen intensiven Austausch über Themen wie Migration, Klimawandel, Brexit und den EU-Haushalt.

Auch der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss für Europol, ein neues interparlamentarisches Forum, wurde seit seiner Einrichtung im Jahr 2017 weiterentwickelt.

Unsere künftige Arbeit wird von der derzeitigen COVID-19-Krise überschattet. Gesundheit und wirtschaftliche Erholung werden Vorrang haben und im Mittelpunkt zahlreicher Debatten in den verschiedenen interparlamentarischen Foren stehen. Infolgedessen wird die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten wichtiger denn je sein.

Wir müssen die europäische und die nationale Ebene weiterhin miteinander verknüpfen, und die Konferenz über die Zukunft Europas wird Gelegenheit bieten, Ideen und Vorschläge für unsere gemeinsame Zukunft zu diskutieren. Diese Debatte darf sich jedoch nicht auf eine einzige Konferenz

beschränken und wir sollten uns darum bemühen, kontinuierlich mit den Bürgern über die Zukunft Europas zu sprechen.

Die nationalen Parlamente sind für uns im Europäischen Parlament entscheidende Partner. Gemeinsam können wir unsere Ziele erreichen und unsere Werte verteidigen. Wir sind uns nicht immer in allen Fragen einig, wir sind uns aber einig, wenn es um die Verteidigung der europäischen parlamentarischen Demokratie geht. Eine starke EU kann nur mit der Unterstützung und den Beiträgen kompetenter, unabhängiger und gut informierter Parlamente funktionieren.

Als Vizepräsidentinnen für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten fördern wir den interparlamentarischen Dialog und freuen uns darauf, unsere Zusammenarbeit mit den nationalen Abgeordneten fortzusetzen, um sicherzustellen, dass die EU für ihre Bürger ein friedlicher und wohlhabender Ort bleibt.

Brüssel, März 2020



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mairead McGuinness'.

Mairead McGuinness
Erste Vizepräsidentin

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Dita Charanzová'.

Dita Charanzová
Vizepräsidentin

Wichtige Entwicklungen und Themen auf der interparlamentarischen Agenda im Jahr 2019

In Bezug auf die parlamentarischen Tätigkeiten wurde 2019 im Wesentlichen von der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai geprägt. Wie es zu Beginn einer neuen Wahlperiode, wenn sich neue Mitglieder in ihre Fraktionen, Ausschüsse und Delegationen einfinden, üblich ist, wurden die interparlamentarischen Tätigkeiten und der Austausch in der zweiten Jahreshälfte 2019 langsam wieder aufgenommen. Diese Tatsache spiegelt sich in einer geringeren Zahl von interparlamentarischen Ausschusssitzungen und bilateralen Besuchen im Jahr 2019 wider.

Auch im Rahmen der Protokolle Nr. 1 und Nr. 2 wurden weniger Vorschläge eingereicht, dazu Beginn der neuen Legislaturperiode weniger Legislativvorschläge vorgelegt wurden. Die interparlamentarische Zusammenarbeit in Form von Konferenzen auf hoher Ebene und institutionalisierten Formaten wie der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC) wurde jedoch wie üblich fortgesetzt.

Seit Januar 2017 bis zur Wahl zum Europäischen Parlament fand die Arbeit der Direktion unter der politischen Führung und unter Anleitung von Antonio Tajani, Präsident des EP, Mairead McGuinness und Bogusław Liberadzki, Vizepräsidenten des EP mit Zuständigkeit für die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten, und Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO), statt.

Im Juli 2019 wählte das Europäische Parlament David Sassoli zum neuen Präsidenten. Mairead McGuinness wurde erneut zur ersten Vizepräsidentin gewählt und ist gemeinsam mit Vizepräsidentin Dita Charanzová weiterhin für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständig. Der ehemalige Präsident des EP, Antonio Tajani, wurde zum Vorsitzenden des AFCO-Ausschusses und der Konferenz der Ausschussvorsitze gewählt.

Die interparlamentarische Zusammenarbeit wurde von den Ausschüssen des EP, den politischen Gremien (hauptsächlich der Konferenz der Präsidenten und der Konferenz der Ausschussvorsitze) und den Fraktionen auf allen Ebenen weitgehend unterstützt. 2019 kehrten einige Themen in den Diskussionen der meisten interparlamentarischen Foren wieder, etwa der Brexit und der neue mehrjährige Finanzrahmen der EU. Gemeinsame Werte und die Rechtsstaatlichkeit, Klimawandel, der Westbalkan und die Europäische Nachbarschaftspolitik wurden ebenfalls bei vielen Gelegenheiten diskutiert, nicht zuletzt, weil diese Themen zu den Prioritäten der EU-Ratsvorsitze 2019 gehörten.

In politischer Hinsicht war 2019 ein Jahr, in dem nicht nur die EU, sondern auch viele ihrer Mitgliedstaaten mit entscheidenden Wahlen oder politischen Entwicklungen konfrontiert waren. Das Jahr, in dem sich die Bewegungen hätten durchsetzen können, die eine Renationalisierung der Zuständigkeiten der EU forderten, war stattdessen ein Jahr, in dem die negativen Erwartungen überwunden wurden und bezüglich der Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament ein Wendepunkt erreicht wurde. Die Mobilisierung zum Thema Klima hat zu einem stärkeren Interesse der EU-Bürger für die europäische Politik und die EU-Organe geführt.

1. Ein neues Europäisches Parlament

Im Mai 2019 wurde ein neues Europäisches Parlament gewählt. 58 % der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) wurden zum ersten Mal gewählt. Während der konstituierenden Plenarsitzung des EP im Juli 2019 wählten die MdEP nicht nur seinen Präsidenten, sondern auch seine 14 Vizepräsidenten und 5 Quästoren. Die neu gebildeten Ausschüsse wählten ihre Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden.

Auf der Plenartagung im September 2019 hielt Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine letzte Rede zur Lage der Union. Im selben Monat wählte das Parlament Ursula von der Leyen zur neuen Präsidentin der Kommission; kurz darauf folgten die Anhörungen der neuen Kommissionsmitglieder durch die für ihre Portfolios zuständigen Ausschüsse. Die parlamentarische Kontrolle der designierten Kommissionsmitglieder ist eine wesentliche Rolle des Europäischen Parlaments. Im November 2019 billigte das Parlament die neue Europäische Kommission.

Am 1. Dezember 2019 trat die neue Kommission ihr Amt an. Kommissionspräsident Ursula von der Leyen hat zugesagt, eine „geopolitische Kommission“ mit sechs wichtigsten politischen Prioritäten zu leiten: ein stärkeres Europa in der Welt, ein europäischer Grüner Deal, ein Europa für das digitale Zeitalter, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, ein neuer Impuls für die europäische Demokratie und die Förderung der europäischen Lebensweise.

2. Überarbeitung der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit

Auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union (EU-PPK), die im April 2019 in Wien stattfand, beauftragten die Präsidenten den finnischen Ratsvorsitz, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Vorschläge für eine technische Aktualisierung der 2008 in Lissabon angenommenen Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Europäischen Union vorlegen sollte.

Die Arbeitsgruppe wurde ersucht, einen Bericht für die nächste EU-PPK 2020 in Helsinki im Hinblick auf folgende Aspekte zu erstellen:

- die technische Anpassung der Leitlinien an die bestehenden Bedingungen, einschließlich einer konsequenteren Verwendung der Verweise auf die Verträge und einer sprachlichen Überarbeitung der Leitlinien insgesamt;
- die Aufnahme neuer Konferenzformate in die Leitlinien, darunter die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union, die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss für Europol;
- eine bessere Nutzung moderner Kommunikationsmittel, um die interparlamentarische Zusammenarbeit zu erleichtern.

Die Arbeitsgruppe wurde eingesetzt und hat einen Entwurf für einen Vorschlag ausgearbeitet, der auf der EU-PPK 2020 erörtert werden soll.

3. Beiträge der nationalen Parlamente zur Debatte während der Brexit-Verhandlungen

Die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU standen 2019 auf der Tagesordnung zahlreicher interparlamentarischer und bilateraler Treffen. Der Chefunterhändler der EU, Michel Barnier, nahm als Redner an zahlreichen Sitzungen der COSAC teil. Britische Abgeordnete sowohl aus dem Unterhaus als auch aus dem Oberhaus trafen sich regelmäßig mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, insbesondere mit dem Brexit-Koordinator des EP, Guy Verhofstadt, und anderen Mitgliedern der Lenkungsgruppe des EP zum Brexit.

Das Europäische Parlament organisierte mit der Beteiligung von Michel Barnier eine interparlamentarische Ausschusssitzung über die künftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit am 2. April 2019.

Auf der Plenarsitzung der COSAC im Juni 2019 in Bukarest wurde für privilegierte Handelsbeziehungen nach dem Brexit plädiert und gleichzeitig betont, dass die Integrität des Binnenmarkts gewahrt werden muss. Auf der Sitzung ging es auch um die Untrennbarkeit der vier Freiheiten und die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs gegenüber der EU.

Auf ihrer nächsten Sitzung in Helsinki im Dezember 2019 hat die COSAC einer Debatte über den Brexit eine ganze Sitzung gewidmet. Die COSAC hat den bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass der von der Kommission und der Regierung des Vereinigten Königreichs vereinbarte Übergangszeitraum wenig Zeit für Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich lässt.

Das Europäische Parlament hat im Brexitverfahren eine wichtige Rolle gespielt, da es abgesehen von dem Parlament des Vereinigten Königreichs das einzige Parlament war, das über das Austrittsabkommen abgestimmt hat. Das EP hat am 29. Januar 2020 seine Zustimmung zum Austrittsabkommen erteilt. Nach der historischen Abstimmung erklärte Präsident Sassoli: „Es stimmt mich sehr traurig, dass es so weit gekommen ist. Fünfzig Jahre Integration wird man nicht so leicht entflechten können. Wir alle werden hart arbeiten müssen, um eine neue Beziehung aufzubauen, wobei die Interessen und der Schutz der Bürgerrechte immer im Mittelpunkt stehen werden.“¹ Das Europäische Parlament wird bei den für 2020 geplanten Verhandlungen über die künftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich weiterhin eine wesentliche Rolle spielen.

4. Mehrjähriger Finanzrahmen

Der EU-Haushalt für die kommenden Jahre, der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2021-2027, stand weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung verschiedener interparlamentarischer Treffen. Das neu gewählte Europäische Parlament bekräftigte in seiner EntschlieÙung vom 10. Oktober 2019 zum MFR² den im November 2018 angenommenen Standpunkt³.

1 [Pressemitteilung vom 29. Januar 2020 mit dem Titel „Parlament billigt Brexit-Abkommen“](#).

2 [EntschlieÙung des Parlaments vom 10. Oktober 2019 mit dem Titel „Mehrjähriger Finanzrahmen 2021–2027 und Eigenmittel: Die Erwartungen der Bürger sollten jetzt erfüllt werden“](#).

3 [EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2018 mit dem Titel „Mehrjähriger Finanzrahmen 2021–2027 – Standpunkt des Parlaments im Hinblick auf eine Einigung“](#).

Im Dezember 2019 forderte die COSAC, dass der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 zügig und in zufriedenstellender Weise gebilligt wird, und wies darauf hin, dass eine verspätete Verabschiedung die Umsetzung der strategischen Ziele der EU verzögern würde. Die COSAC wies außerdem darauf hin, dass die Annahme des MFR mit einer Einigung über eine Überprüfung des Eigenmittelsystems der EU einhergehen müsse. Die COSAC betonte, dass neue objektive Mechanismen zur Wahrung der finanziellen Interessen der Union geschaffen werden müssen, wenn diese durch Missachtung der Rechtsstaatlichkeit gefährdet werden oder wenn eine systemische Bedrohung für die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegten Werte besteht.

5. Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit

Auf seiner Plenarsitzung im Dezember 2019 erinnerte die COSAC daran, dass die Werte, auf die sich die Union gründet, die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte sind, einschließlich der Rechte der Personen, die einer Minderheit angehören. Die Rechtsstaatlichkeit ist nach Ansicht der COSAC von grundlegender Bedeutung für die Legitimität der EU aus Sicht ihrer Bürger. Daher hat sich die COSAC für eine starke Rolle der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte in Bezug auf die Gewährleistung der Achtung der Grundrechte bei der täglichen Wahrnehmung der Aufgaben der EU ausgesprochen.

Gleichzeitig vertrat die COSAC die Auffassung, dass alle Mitgliedstaaten, da sie sich im Rahmen des Vertrags über die Europäische Union verpflichtet haben, die Rechtsstaatlichkeit zu achten, eine transparente und unparteiische Überwachung und gegenseitige Überprüfung des Zustands der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten akzeptieren sollten. Die COSAC bekräftigte, dass die Union und ihre Mitgliedstaaten berechtigten Grund zur Sorge und zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen haben, wenn Defizite auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit das Funktionieren des Binnenmarkts oder die Umsetzung der EU-Politik gefährden.

Der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss (GPKA) für Europol ermöglicht es den nationalen Parlamenten, Europol gemeinsam mit dem Europäischen Parlament zu kontrollieren, um sicherzustellen, dass die Agentur uneingeschränkt rechenschaftspflichtig und transparent ist. Der GPKA ist für die Kontrolle der Tätigkeiten Euopols unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen zuständig. Bei der vierten Sitzung des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol im Jahr 2019 wurde ein Schwerpunkt auf den aktuellen Stand und die Tätigkeiten des Europol Travel Intelligence Centre (ETIC) und des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität (EC3) gelegt. In der fünften Sitzung des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol lag der Schwerpunkt der thematischen Debatte auf den Prioritäten von Europol für das Informationsmanagement (siehe Kapitel 3.1).

6. Nachbarschaftspolitik und Erweiterung

Mitglieder der nationalen Parlamente und Mitglieder des Europäischen Parlaments haben die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarländern eingehend erörtert. Die erste Plenartagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP), die am 7. März 2019 in Bukarest stattfand, war der Bewertung der Östlichen Partnerschaft anlässlich ihres 10-jährigen Bestehens gewidmet. Mitglieder nationaler Parlamente und des EP sprachen mit einem Vertreter des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) über die Herausforderungen, vor denen die Region derzeit steht, und über die Notwendigkeit, die Widerstandsfähigkeit und die gesellschaftlichen Strukturen der Länder der Östlichen Partnerschaft zu stärken.

Auf ihrer Tagung im April 2019 kam die EU-PPK überein, dass Stabilität auf dem westlichen Balkan für die Stabilität auf dem gesamten Kontinent von entscheidender Bedeutung ist. Sie bekräftigte die europäische Perspektive der Länder des westlichen Balkans und ihr Engagement für die Erweiterung der Europäischen Union.

Sie würdigte auch die beeindruckenden Errungenschaften der Östlichen Partnerschaft. Sie befürwortete die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den sechs osteuropäischen Staaten, die Teil der Östlichen Partnerschaft sind. Sie brachte ihre Unterstützung für die Bemühungen um eine nachhaltige und friedliche Beilegung von Konflikten in der Östlichen Nachbarschaft zum Ausdruck.

Sie stellte ferner fest, dass die EU-Mitgliedstaaten und die Partnerstaaten der EU in der Südlichen Nachbarschaft vor zahlreichen gemeinsamen Herausforderungen stehen, insbesondere im Hinblick auf Migrationsströme, den Klimawandel, nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung des Terrorismus und der internationalen Kriminalität, die nur mittels einer intensiven regionalen Zusammenarbeit bewältigt werden können.

Am 24. Oktober 2019 nahm das Europäische Parlament eine Entschließung⁴ an, in der es seine tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck brachte, dass auf dem EU-Gipfel vom 17. und 18. Oktober 2019 keine Einigung über die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien erzielt werden konnte.

Am 4. Dezember 2019 organisierte der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) gemeinsam mit dem Referat Legislativer Dialog eine interparlamentarische Ausschusssitzung, die auch eine Sitzung zum Thema Erweiterung mit dem Titel *„Zur Zukunft der Erweiterung – Wie kann das Glaubwürdigkeitsdefizit überwunden werden, und wie können Reformen vorangebracht werden?“* umfasste. Das Treffen war eine Folgemaßnahme zu einer interparlamentarischen Ausschusssitzung im April 2019, bei dem unter anderem die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Erweiterungspolitik bereits erörtert wurden. Die Sitzung im Dezember bot den Abgeordneten der nationalen Parlamente und des EP eine gute Gelegenheit, eine erste Aussprache mit Josep Borrell, Vizepräsident der Kommission/Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (VP/HR), und Olivér Várhelyi, für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen zuständiges Mitglied der Kommission, zu führen.

4 [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. Oktober 2019 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien.](#)

7. Klimaschutzpolitik

Die Kommission von der Leyen hat einen Plan vorgestellt, um die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Bevor dieser Plan im Dezember 2019 im Plenum vorgestellt wurde, hatte das EP am 28. November 2019 eine Entschließung⁵ angenommen, in der es die Kommission aufforderte, dafür zu sorgen, dass alle Vorschläge auf das 1,5 °-Ziel abgestimmt sind. Ferner forderte es die EU auf, die Emissionen bis 2030 um 55 % zu reduzieren, um bis 2050 klimaneutral zu werden. Schließlich rief das EP in seiner Entschließung dazu auf, die weltweiten Emissionen aus dem See- und Luftverkehr zu verringern.

Auf ihrer Plenartagung im Dezember 2019 in Helsinki stellte die COSAC fest, dass die Umsetzung einer solchen Klimapolitik erhebliche Investitionen in der gesamten Europäischen Union sowie geeignete Maßnahmen, um mögliche Härten infolge des Übergangs zu einem klimafreundlichen Wirtschaftsmodell abzumildern, erfordert. Die COSAC schlug der Kommission ferner vor, die Nutzung des Mechanismus des Europäischen Semesters als Instrument zur Förderung der wirksamen Umsetzung der Klimaschutzziele und der in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung festgelegten Ziele für nachhaltige Entwicklung zu prüfen.

Im Anschluss an die IPK GASP/GSVP, die im September 2019 in Helsinki stattfand, gaben die Ko-Vorsitzenden eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie betonten, dass „Belange der Klimasicherheit in das gesamte außenpolitische Ressort, einschließlich Außenhandel, einbezogen werden sollten“. Ferner forderten sie die Mitgliedstaaten auf, bei der wirksamen Umsetzung internationaler Übereinkommen wie des Übereinkommens von Paris über den Klimawandel eine größere Rolle zu spielen.

5 [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. November 2019 zum Klima- und Umweltnotstand.](#)

1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN

1.1 Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC)



Die COSAC, die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, wurde im November 1989 in Paris gegründet. Sie ist insofern einzigartig, als sie als einziges interparlamentarisches Forum in den Verträgen (Protokoll Nr. 1 über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union) verankert ist. Das nationale Parlament des Mitgliedstaats, das den rotierenden Ratsvorsitz innehat, spielt bei der Festlegung der Ausrichtung und der Arbeit der COSAC eine führende Rolle. Unterstützt wird sie von einer Vorsitz-Troika, deren ständiges Mitglied das Europäische Parlament ist. Der Vorsitz wird organisatorisch von einem kleinen Sekretariat unterstützt, das im EP untergebracht ist und von einem von einem nationalen Parlament abgeordneten Beamten geleitet wird („Ständiges Mitglied“).

Siehe www.ipex.eu



Antonio Tajani, Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, und Mairead McGuinness, erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, auf dem Treffen der Vorsitzenden der COSAC in Helsinki, 21./22. Juli 2019© parleu2019.fi

Bei den Sitzungen der COSAC im Jahr 2019 wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die Wahl zum Europäischen Parlament, die Neubesetzung des Europäischen Parlaments und die anschließende Neubesetzung der anderen EU-Organe gelegt. Dieser Schwerpunkt spiegelte sich nicht nur in den Debatten über die künftigen Tagesordnungen und die Zusammensetzung der Organe wider, sondern auch in den Diskussionen über die Transparenz der Organe und ihre Nähe zu den EU-Bürgern. Die langfristige Debatte über die Rolle, die Ziele, die Verpflichtungen und die Eigenmittel der EU sowie über ihre Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft, den Mitgliedstaaten und ihren eigenen Bürgern erhielt durch die Wahl zum Europäischen Parlament neue Impulse.

Der Brexit-Prozess machte weitere Fortschritte und stand bei vielen Treffen ganz oben auf der Tagesordnung. Die Transparenz, Inklusivität und Kompetenz des Chefunterhändlers der EU, Michel Barnier, und seine Bereitschaft, die COSAC rechtzeitig über wesentliche Entwicklungen zu informieren, wurden einstimmig begrüßt. Auch die Entschlossenheit des EP, die Einheit der EU-27 und ihre Rolle bei der Gewährleistung des Friedens in Europa und der Rechte und Freiheiten der Bürger zu wahren, wurde gebührend zur Kenntnis genommen.

Die besonderen politischen, institutionellen und sozialen Gegebenheiten sowohl des rumänischen als auch des finnischen Ratsvorsitzes hatten einen eindeutigen Einfluss auf den Inhalt und die Atmosphäre der Debatten.



Der rumänische Vorsitz konzentrierte sich auf die internationalen Handelsbeziehungen der EU, die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, den europäischen Bildungsraum, Innovation und technologischen Fortschritt und ihre Auswirkungen auf das soziale Europa (die Termine und Themen aller vier COSAC-Sitzungen sind Anhang 1 zu entnehmen).

Der wichtigste Austausch während der COSAC-Plenartagung in Helsinki betraf die Konferenz zur Zukunft Europas.



Das Thema stand ursprünglich nicht auf der Tagesordnung, wurde jedoch kurzfristig hinzugefügt, da die Tagesordnung in letzter Minute überarbeitet werden musste und das EP damit begonnen hatte, seine eigenen Ideen zur Konferenz zur Zukunft Europas zu entwickeln. Die Aussprache ermöglichte es allen Delegationen, ihre Erwartungen an die Konferenz zur Zukunft Europas klar zum Ausdruck zu bringen. Die nationalen Parlamente vertraten zwar unterschiedliche Standpunkte, brachten aber eindeutig den Wunsch zum Ausdruck, in vollem Umfang in die Konferenz einbezogen zu werden. Das zweite Thema, zu dem ein sehr ausführlicher Austausch stattfand, war die Rechtsstaatlichkeit mit Blick auf mögliche neue EU-Mechanismen in diesem Bereich. Besonders bemerkenswert an

dieser Debatte war, dass keine nationale Delegation die Zuständigkeit der EU in diesem Bereich infrage stellte und dass nicht bestritten wurde, dass objektive und gemeinsame Schutzmaßnahmen benötigt werden.

Aufgrund der Wahl und ihres Einflusses auf die Zeitpläne der MdEP und des Wechsels der Funktionen und Rollen im neu gewählten Parlament war 2019 ein komplexes Jahr für die EP-Delegation. Dennoch hat die EP-Delegation ihre seit langem bestehende Partnerschaft mit den Parlamenten, die den Ratsvorsitz innehaben, gefestigt, um eine stabile, auf Vertrauen beruhende Partnerschaft aufzubauen, die darauf abzielt, gemeinsame Standpunkte zu finden, die für alle annehmbar sind.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2019:

- Die EP-Delegation hat die fruchtbaren Beziehungen zu den Parlamenten, die den Ratsvorsitz innehaben, gestärkt, und die Rolle der Rolle der Troika als wesentliche Kraft für die Schaffung eines breiten Konsenses konsolidiert.

1.2 Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)

Die jährliche Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK) wurde auf der Grundlage der im Jahr 2010 angenommenen Leitlinien von Stockholm geschaffen. Darin ist ein jährliches Treffen vorgesehen, das von dem Mitgliedstaat zu organisieren ist, der in der zweiten Hälfte des jeweiligen Jahres den Ratsvorsitz innehat, und das während des Frühjahrsratsvorsitzes des Folgejahrs stattfinden soll. Auf der Konferenz werden unverbindliche Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes verabschiedet. Ihr obliegt außerdem die Beaufsichtigung der Koordinierung von interparlamentarischen EU-Aktivitäten.

Die Tagesordnung der EU-PPK wird von der Sitzung der Generalsekretäre der nationalen Parlamente der EU vorbereitet.

Siehe www.ipex.eu



Wolfgang Sobotka, Präsident des österreichischen Nationalrates; Mauri Pekkarinen, stellvertretender Präsident des finnischen Parlaments; Mairead McGuinness, erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments; Henn Põlluaas, Präsident des Riigikogu (estnisches Parlament); Ingo Appé, Präsident des österreichischen Bundesrates
© Österreichisches Parlament.

Die jährliche EU-PPK fand am 8./9. April 2019 in Wien statt. Den Vorsitz führten Wolfgang Sobotka, Präsident des österreichischen Nationalrates, und Ingo Appé, Präsident des österreichischen Bundesrates. Das Europäische Parlament wurde durch seine erste Vizepräsidentin Mairead McGuinness vertreten. Nach den Begrüßungsansprachen der beiden österreichischen Präsidenten hielt Frau McGuinness in der Eröffnungssitzung der Konferenz eine Grundsatzrede.

In ihrer Rede ging Frau McGuinness auf den Brexit ein und plädierte für eine Politik der Kompromisse statt der Konflikte. Sie erläuterte die Herausforderungen, vor denen die EU steht, darunter der Klimawandel und die Zukunft der Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz und erklärte, dass die EU die beste Möglichkeit sei, diese Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Angesichts der bevorstehenden Europawahl appellierte die erste Vizepräsidentin an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente, eng zusammenzuarbeiten, um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Sie fügte hinzu, dass die EU und die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten müssten, damit Vorschriften gegen Quellen ausländischer Desinformation, soziale Netzwerke zur Manipulation der öffentlichen Meinung und die illegale Nutzung personenbezogener Daten der Bürger zur Beeinflussung des Wählerwillens geschaffen werden⁶.

Auf der EU-PPK wurden zwei Themen erörtert. Die erste Sitzung war dem Thema „Die Europäische Union und ihre Nachbarn“ gewidmet und konzentrierte sich auf die Erweiterungsperspektive der westlichen Balkanländer und die Östliche Partnerschaft sowie auf die Lage im südlichen Mittelmeerraum. Die zweite Sitzung war dem Thema „Die Europäische Union im Vorfeld der Europawahl 2019 – Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und den europäischen Organen“ gewidmet.

Den Schwerpunkt der Schlussfolgerungen der EU-PPK⁷ bildeten Nachbarschaftspolitik und Erweiterung, die Europawahl, die europäischen Werte, demokratische Resilienz und Subsidiarität.

Schließlich erteilte die EU-PPK dem finnischen Ratsvorsitz das Mandat, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Vorschläge für eine technische Aktualisierung der 2008 in Lissabon angenommenen Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der EU vorlegen soll. Darüber hinaus ersuchten die Präsidenten den künftigen finnischen Ratsvorsitz, in einem von ihm als geeignet erachteten Format ein Konsensdokument für die interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust in Bezug auf Aspekte, die nicht unter die Verordnung (EU) 2018/1727⁸ fallen, auszuarbeiten. Die Ergebnisse beider Fragen sollten auf der Tagung der EU-PPK vom 17. bis 19. Mai 2020 in Helsinki vorgestellt werden.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Der Schwerpunkt der Diskussionen der EU-PPK lag auf Erweiterung und interparlamentarischer Zusammenarbeit.
- Sie beauftragte den finnischen Ratsvorsitz, die (2008 in Lissabon angenommenen) Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der EU zu aktualisieren.

6 https://www.parlament.gv.at/ENGL/ZUSD/PDF/EU2018_Minutes_Conference_EU_Speakers_EN.pdf

7 [Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, 8./9. April 2019, Wien – Schlussfolgerungen des Vorsitzes](#)

8 [Verordnung \(EU\) 2018/1727 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen \(Eurojust\) und zur Ersetzung und Aufhebung des Beschlusses 2002/187/JI des Rates.](#)

2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)

2.1 Europäische Parlamentarische Woche (EPW), Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union und Konferenz zum Europäischen Semester

Die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (die gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion [Fiskalpakt] eingerichtet wurde) bietet einen Rahmen für Diskussionen und den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bei der Umsetzung der Vertragsbestimmungen und zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten der EU und dem Europäischen Parlament zu stärken. Zudem trägt die Konferenz dazu bei, die demokratische Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und der Haushaltspolitik in der EU, vor allem in der Wirtschafts- und Währungsunion, sicherzustellen, ohne die soziale Dimension aus den Augen zu verlieren oder die Zuständigkeiten der nationalen Parlamente oder des EP zu beschneiden.

Die Konferenz zum Europäischen Semester bietet Gelegenheit zum Austausch von Informationen über bewährte Verfahren bei der Umsetzung der Zyklen des Europäischen Semesters. Darüber hinaus eröffnen sich dort Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf eine gründliche Prüfung der Maßnahmen der Exekutive auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Semesters.

Gemeinsam bilden diese beiden Konferenzen die Europäische Parlamentarische Woche (EPW), bei der Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammenkommen, um wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Fragen zu erörtern. Die beiden Konferenzen haben einen festen Platz im Kalender der interparlamentarischen Zusammenarbeit und haben sich zu echten Foren für interparlamentarische Debatten in diesen zunehmend wichtigen Politikbereichen entwickelt.

Die Europäische Parlamentarische Woche 2019, die vom Europäischen Parlament und dem rumänischen Ratsvorsitz gemeinsam organisiert wurde, fand am 18. und 19. Februar 2019 in Brüssel statt und wurde von 128 Mitgliedern der nationalen Parlamente besucht. Bis auf eines waren alle nationalen Parlamente der EU vertreten. Außerdem waren Beobachter aus den EU-Bewerberländern Albanien, Montenegro, Serbien, Nordmazedonien und Türkei sowie besondere Gäste aus Norwegen und der Schweiz anwesend. Die sehr hohe Beteiligung war eines der Elemente, die zum Erfolg der achten Ausgabe der EPW im Jahr 2019 beitrugen.

Die Teilnehmer waren eingeladen, über wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Prioritäten zu diskutieren und einen Meinungs austausch darüber zu führen. Die auf der Konferenz zum Europäischen Semester erörterten Themen trugen zu dem Ziel einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der nationalen Parlamente der EU und dem Europäischen Parlament in Bezug auf Fragen im Zusammenhang mit dem Europäischen Semester bei. Die häufigsten Themen in den Debatten waren die Vollendung der Bankenunion, insbesondere das europäische Einlagenversicherungssystem, die Schaffung eines gemeinsamen Haushalts für die Eurozone, um die Volkswirtschaften in Schwierigkeiten zu stabilisieren, die Änderung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und die Stärkung der demokratischen Rechenschaftspflicht.

Im Anschluss an die Debatte über das Europäische Semester folgten drei parallele interparlamentarische Ausschusssitzungen (organisiert von den Ausschüssen BUDG, ECON und EMPL)⁹, in denen eine Reihe von Themen wie der nächste mehrjährige Finanzrahmen (MFR), neue Eigenmittel für den EU-Haushalt, die Bankenunion, Besteuerung und die Bekämpfung von Geldwäsche, neue Beschäftigungsformen und Maßnahmen der Mitgliedstaaten für Menschen mit Behinderungen behandelt wurden.

Im Mittelpunkt der IPK über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU standen Konvergenz, Stabilisierung und Zusammenhalt in der Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere die neuen EU-Programme zur Förderung von Investitionen und des Zugangs zu Finanzmitteln im Rahmen des neuen MFR, der vorgeschlagene Haushalt für das Euro-Währungsgebiet, der Vorschlag zur Einrichtung des Europäischen Währungsfonds und die Investitionsprioritäten für die Zeit nach 2020.

Der 20. Jahrestag des Euro (#Euroat20) wurde in Anwesenheit hochrangiger Gäste gefeiert. Der Präsident der Euro-Gruppe, Mário Centeno, der Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, Luis de Guindos, und der Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll, Pierre Moscovici, sprachen auf der Konferenz. Zum Abschluss der lebhaften Debatte zwischen den Mitgliedern der nationalen Parlamente der EU und dem Europäischen Parlament hielt der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, eine Rede, in der er bestätigte, dass eine seiner Prioritäten darin besteht, den Bürgern die Politik und die Organe der EU näherzubringen, und dass die nationalen Parlamente bei der Verwirklichung dieses Ziels eine Schlüsselrolle spielen.

Alle Debatten trugen dazu bei, Mitglieder der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments zusammenzubringen, um bei Fragen im Zusammenhang mit dem Europäischen Semester enger zusammenzuarbeiten.



Poster der Europäischen Parlamentarischen Woche, 2019 ©EU_EP.

9 Der Haushaltsausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Währung und des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.

Wie in der zweiten Jahreshälfte üblich, fand am 30. September und 1. Oktober 2019 unter dem finnischen Ratsvorsitz in Helsinki die IPK über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union statt. An der Sitzung nahmen 106 Mitglieder von Parlamenten und 75 Mitarbeiter teil. Die neu gewählte Delegation des Europäischen Parlaments bestand aus sechs Mitgliedern.

Im Mittelpunkt der IPK stand der Meinungs austausch zu den folgenden vier Themen:

1. Wirtschaftspolitische Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion und der Europäische Stabilitätsmechanismus;
2. Beschleunigung des Wachstums und mehr Arbeitsplätze in Europa;
3. Maßnahmen zur Förderung von Investitionen, Innovation und nachhaltiger Entwicklung;
4. Wie können Innovationen im Hinblick auf nachhaltiges Wachstum unterstützt werden?

Neben Rednern der nationalen Parlamente der EU, des Europäischen Parlaments und der EU-Organe brachten auch Redner aus der Wissenschaft und aus der Privatwirtschaft ihre speziellen Perspektiven in die Debatte ein. Alle vier Debatten spiegelten das große Interesse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments an diesen Themen wider.



EP-Präsident Antonio Tajani auf der Konferenz zum Europäischen Semester in Brüssel, 19. Februar 2019 ©EU_EP.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2019:

- Im zweiten Jahr in Folge konzentrierte sich das Programm der EPW auf eineinhalb Tage, wobei die Konferenz des Europäischen Semesters mit der IPK über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU zusammengelegt wurde; dieses Format hat sich als für eine lebhaftere und prägnantere Debatte sehr förderlich erwiesen.

2.2 Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP), die 2012 mit einem Beschluss der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU geschaffen wurde, ist die interparlamentarische Plattform für Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die Konferenz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den rotierenden Ratsvorsitz innehat, und wird regelmäßig von Abgeordneten aus der gesamten EU besucht. Darüber hinaus lädt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments häufig nationale Parlamente zu seinen Sitzungen in Brüssel ein, wodurch der interparlamentarische Dialog in diesem entscheidenden Politikbereich ergänzt wird.

2019 fanden die 14. und die 15. IPK GASP/GSVP in Bukarest (6.-8. März) und Helsinki (4.-6. September) statt. Die Delegationen des EP zu beiden Konferenzen bestanden aus Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung und wurden von David McAllister, Vorsitzender des AFET-Ausschusses, geleitet.

119 Abgeordnete der Parlamente von 27 EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments nahmen an der IPK GASP/GSVP in Bukarest teil. Nur wenige Monate vor der Europawahl erörterten die Teilnehmer die aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen wie die Sicherheit des Schwarzmeerraums, die Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarn und die Zukunft der EU-Außenpolitik nach dem Brexit. Das Treffen stand im Zeichen der parlamentarischen Dimension des rumänischen Ratsvorsitzes und wurde vom rumänischen Parlament und vom Europäischen Parlament gemeinsam organisiert.

Es gab Workshops zu folgenden Themen:

- Die Zukunft der GASP und der GSVP vor dem Hintergrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU;
- die EU-Strategie für den Donauraum;
- Cybersicherheit und hybride Kriegsführung;
- militärische Mobilität – eine Herausforderung bei der Entwicklung von Synergien zwischen der NATO und der EU.

In ihrer Schlussklärung bekräftigten die Ko-Vorsitzenden, dass es an der Zeit sei, dass die EU eine echte GASP entwickelt, um ihre Interessen, Grundsätze und Werte angesichts der zunehmenden Herausforderungen, insbesondere in ihrer Nachbarschaft, zu fördern. Die verfügbaren Instrumente müssten wirksamer eingesetzt werden, und die Mitgliedstaaten sollten einheitlichen Standpunkten der EU Vorrang einräumen. Die Ambitionen der EU müssten mit einem angemessenen Engagement bei den Entscheidungsprozessen erreicht werden.

Am Rande der IPK nahmen weibliche Abgeordnete eine Erklärung europäischer weiblicher Abgeordneter an, die anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2019 im Plenum vorgestellt wurde.



Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP) in Bukarest, 6.-8. März 2019 © ro2019.eu

In der zweiten Jahreshälfte 2019 nahmen 193 Abgeordnete aus den EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, den Kandidatenländern und als Gäste eingeladenen Ländern an der IPK in Helsinki teil. Im Anschluss an die erste Sitzung mit dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö, der über die Sicherheits Herausforderungen im Ostseeraum und in der Arktis sprach, erörterten die Teilnehmer im Rahmen einer Videokonferenz die Prioritäten der EU im Bereich der GASP und der GSVP mit der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (VP/HR) Federica Mogherini. Auf ihre einleitenden Bemerkungen zu aktuellen und laufenden Tätigkeiten der EU im Bereich GASP und GSVP folgte eine interaktive Debatte mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente. Carl Bildt, ehemaliger Ministerpräsident Schwedens, sprach mit den Teilnehmern über die transatlantischen Beziehungen. Weitere erörterte Themen waren die Verteidigung der EU, hybride Bedrohungen, Sicherheitsbedrohungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, Iran und die westlichen Balkanstaaten.

Während der Konferenz wurden spezielle Workshops zu folgenden Themen veranstaltet:

1. Politische Entwicklungen in den westlichen Balkanstaaten;
2. Abwehr hybrider Bedrohungen: Bewertung der Politik und der Instrumente der EU;
3. Iran – Optionen für die EU und die Zukunft des Nuklearabkommens.

In ihrer Schlusserklärung erinnerten die Ko-Vorsitzenden daran, dass sich in den letzten zwei Jahrzehnten drei Viertel unserer Bürger stets für eine gemeinsame europäische Verteidigung ausgesprochen haben und dass die Europäische Union dieser Forderung noch gerecht werden muss. Sie unterstützten auch die Vorstellung, dass die Verteidigungszusammenarbeit der EU weiterhin mit der NATO koordiniert werden soll. Sie begrüßten die Vorschläge von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Mittel für das auswärtige Handeln im neuen MFR 2021-2027 aufzustocken.



Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP) in Helsinki, 4.-6. September 2019 © parleu2019.fi

Die Ko-Vorsitzenden forderten die Kommission und die VP/HR auf, Untersuchungen über hybride Risiken zu einem Standardinstrument im auswärtigen Handeln der EU zu machen, und betonten, dass die EU eine Quelle für zuverlässige Informationen und faktengestützte Bewertungen bleiben müsse. Sie betonten, dass die Belange der Klimasicherheit in das gesamte außenpolitische Portfolio, einschließlich des Außenhandels, einbezogen werden sollten. Schließlich forderten sie die Mitgliedstaaten auf, bei der wirksamen Umsetzung internationaler Übereinkommen wie des Pariser Klimaschutzübereinkommens eine wichtigere Rolle zu spielen.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Der Vorsitzende des AFET-Ausschusses schlug die Wiedereinführung von Schlussfolgerungen und eine Reihe von verfahrenstechnischen Neuerungen (z.B. Einführung einer „Dringlichkeitsdebatte“ zu einem Thema, das zu Beginn jeder IPK festzulegen ist; Nutzung des Verfahrens der „blauen Karte“ und des Verfahrens der spontanen Wortmeldungen) vor, um die Debatten wieder lebendiger zu gestalten.
- Die IPK GASP/GSVP in Helsinki bot den neu gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments Gelegenheit, sich an der Arbeit der IPK zu beteiligen.

3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE UND BEWERTUNG IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS

3.1 Gemeinsame parlamentarische Kontrolle über Europol: ein innovativer institutioneller Rahmen für die parlamentarische Kontrolle



Artikel 88 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erlaubt es den nationalen Parlamenten erstmals, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament eine EU-Agentur zu kontrollieren, die im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts tätig ist. Auf der Grundlage der am 1. Mai 2017 in Kraft getretenen [Europol-Verordnung](#) wurde der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss (GPKA) für Europol eingerichtet, um sicherzustellen, dass Europol uneingeschränkt rechenschaftspflichtig und transparent ist. Die Hauptaufgaben des Kontrollausschusses sind in Artikel 51 der Europol-Verordnung festgelegt, in dem ihre Rolle bei der politischen Überwachung der Tätigkeiten von Europol unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen definiert ist.

Der GPKA hält zwei Sitzungen pro Jahr ab: in der ersten Jahreshälfte beim Parlament des Landes, das den rotierenden Vorsitz im Rat der EU innehat, und in der zweiten Jahreshälfte beim Europäischen Parlament.

Sicherheit ist einer der wichtigsten Aufgabenbereiche des Parlaments. Im Hinblick auf die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die EU-Bürger wurden bereits erhebliche Fortschritte erzielt. Sicherheit ist ein zwischen der EU und den Mitgliedstaaten geteilter Zuständigkeitsbereich, in dem Zusammenarbeit wichtig ist, um den Informationsaustausch zu intensivieren und Bedrohungen grenzüberschreitender Art unter Wahrung der Grundrechte zu begegnen.

Im Laufe der Jahre hat Europol im Einklang mit seinem Auftrag, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verhütung und Bekämpfung von schwerer Kriminalität, von der zwei oder mehr Mitgliedstaaten betroffen sind, und von Terrorismus zu unterstützen und zu stärken, unentbehrliche Unterstützung geleistet. Damit das Potenzial von Europol voll ausgeschöpft werden kann, hat das Europäische Parlament wiederholt gefordert, dass Europol zu einer Drehscheibe für den Austausch strafverfolungsrelevanter Informationen wird und seine Ressourcen aufgestockt werden.

Die vierte und fünfte Sitzung des GPKA wurden 2019 durchgeführt und wurden als großer Erfolg angesehen.

Die vierte Sitzung des GPKA wurde vom rumänischen Parlament und vom Europäischen Parlament gemeinsam organisiert und fand am 24. und 25. Februar 2019 in Bukarest¹⁰ statt. Im zweiten Halbjahr veranstalteten das Europäische Parlament und das finnische Parlament gemeinsam die fünfte Sitzung des GPKA, die am 23./24. September 2019 in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel¹¹ stattfand.



Vierte Sitzung des GPKA am 24./25. Februar 2019 in Bukarest © ro2019.eu

Die Tagesordnungen der Sitzungen des GPKA enthalten traditionell ständige Punkte, nämlich einen eingehenden Meinungs austausch mit dem Exekutivdirektor von Europol über die Tätigkeiten und Herausforderungen von Europol sowie über sein mehrjähriges Arbeitsprogramm. Dieser Austausch wird ergänzt durch Präsentationen des Vorsitzenden des Europol-Verwaltungsrats und einen Bericht des Vertreters des GPKA in den Sitzungen des Verwaltungsrats. Zu weiteren regelmäßigen Hauptrednern zählen der Europäische Datenschutzbeauftragte und der Vorsitzende des Europol-Kooperationsausschusses, die die Delegierten über die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten im Zusammenhang mit den Tätigkeiten von Europol informieren. Im Anschluss an die Präsentationen finden Fragerunden statt.

Zusätzlich zu den oben genannten regelmäßigen Tagesordnungspunkten finden themenspezifische Aussprachen statt. Die Auswahl der Themen erfolgt im Einklang mit den Kontrollprioritäten des GPKA. Bei der vierten Sitzung wurde ein Schwerpunkt auf den aktuellen Stand und die Tätigkeiten des Europol Travel Intelligence Centre (ETIC) und des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität (EC3) gelegt. In der fünften Sitzung lag der Schwerpunkt der thematischen Debatte auf den Prioritäten von Europol für das Informationsmanagement. Die finnische Innenministerin

10 An der Sitzung des GPKA in Bukarest nahmen mehr als 66 Abgeordnete, die 34 Kammern und 26 Mitgliedstaaten vertraten, sowie die sieben Mitglieder der Delegation des Europäischen Parlaments im GPKA teil.

11 An der Sitzung des GPKA in Brüssel nahmen 65 nationale Abgeordnete teil, die 34 Kammern und 25 Mitgliedstaaten vertraten. Das Europäische Parlament ist im GPKA mit 16 Mitgliedern vertreten.

Maria Ohisalo hielt eine Rede, in der sie hervorhob, dass die Informationssysteme der EU und ihre Interoperabilität im Hinblick auf eine Verbesserung des Grenzmanagements verbessert werden müssen.

Sir Julian King, Kommissar für die Sicherheitsunion und seit der Gründung des GPKA regelmäßiger Gast, sprach in beiden Sitzungen und informierte die Delegierten über das breite Spektrum der EU-Maßnahmen in diesem Bereich.

Die bemerkenswertesten verfahrenstechnischen Entwicklungen im Jahr 2019 waren die Änderung des Status des dänischen Parlaments von einem „Beobachter“ im GPKA zu einem „Mitglied mit eingeschränkten Rechten im GPKA“¹² und die Überarbeitung der Geschäftsordnung.



Die finnische Innenministerin Maria Ohisalo und die Ko-Vorsitzenden des GPKA Juan Fernando López Aguilar und Mari-Leena Talvitie ©EU_EP.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Die Arbeitsgruppe des GPKA zur Vertretung Dänemarks in den Sitzungen des GPKA hat ihre Arbeit erfolgreich abgeschlossen.
- Die Kammern machten weiterhin von ihrem Recht Gebrauch, Anfragen zur schriftlichen Beantwortung an Europol zu richten, und ersuchten um zusätzliche Erläuterungen in Bezug auf das Einreichungsverfahren.
- Die Überarbeitung der Geschäftsordnung fand in der fünften GPKA-Sitzung statt, zwei Jahre nach der konstituierenden Sitzung der GPKA und innerhalb der von der EU-PPK gesetzten Frist.

¹² Dänemark ist nicht mehr Mitglied der EU-Strafverfolgungsbehörde Europol, nachdem die Dänen in einem Referendum 2017 gegen eine Änderung der dänischen Opt-out-Klausel im Bereich Justiz und Inneres gestimmt hatten. Infolgedessen hat Dänemark eine neue Kooperationsvereinbarung mit der Agentur unterzeichnet. Innerhalb des GPKA wird sich das dänische Parlament nicht an der Beschlussfassung beteiligen, sein Standpunkt wird jedoch erfasst. Sitzungen des GPKA finden nicht in Dänemark statt, wenn dieses den turnusmäßig wechselnden Ratsvorsitz innehat, und dänische Mitglieder des Parlaments können nicht als Vertreter des GPKA im Verwaltungsrat von Europol benannt werden.

Die Reflexion und die Arbeit an ungelösten Fragen werden fortgesetzt, möglicherweise im Rahmen einer speziellen Arbeitsgruppe.

3.2 Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)

Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU haben einen Reflexionsprozess im Hinblick auf die Festlegung ihrer gemeinsamen parlamentarischen Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust, wie in Artikel 85 AEUV vorgesehen, eingeleitet.

Seit der Einrichtung von Eurojust im Jahr 2002 ist die Agentur zu einem wichtigen Akteur bei der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen geworden. Mit dem AEUV wurde eine neue Rechtsgrundlage für die künftige Entwicklung von Eurojust geschaffen. 2018 haben das EP und der Rat eine neue Verordnung über Eurojust angenommen, um einen einheitlichen und überarbeiteten Rechtsrahmen für eine neue vollwertige Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) zu schaffen.

Mit der Eurojust-Verordnung werden ein neues Governance-System eingeführt, das Verhältnis zwischen Eurojust und der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTA) klargestellt, eine neue Datenschutzregelung vorgeschrieben, neue Vorschriften für die Außenbeziehungen von Eurojust erlassen und die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der EU bei der demokratischen Kontrolle der Tätigkeiten von Eurojust gestärkt.

Um die Transparenz und die demokratische Kontrolle von Eurojust zu verbessern, sieht die überarbeitete Verordnung einen Mechanismus für die gemeinsame Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust durch das EP und die nationalen Parlamente der EU vor. Die Bewertung sollte unter Beteiligung der Mitglieder der zuständigen Ausschüsse des EP und der nationalen Parlamente der EU im Rahmen einer interparlamentarischen Ausschusssitzung in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel stattfinden. Bei dieser interparlamentarischen Ausschusssitzung sollten die Unabhängigkeit von Eurojust in Bezug auf Maßnahmen, die in spezifischen operativen Fällen zu ergreifen sind, sowie die Diskretions- und Vertraulichkeitspflichten uneingeschränkt gewahrt werden.

Die Eurojust-Verordnung trat im Dezember 2018 in Kraft, fand jedoch erst im Dezember 2019 Anwendung, sodass Eurojust und die Mitgliedstaaten sich auf die Anwendung der neuen Bestimmungen vorbereiten konnten.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Der künftige finnische Ratsvorsitz wurde von der EU-PPK 2019 aufgefordert, ein Konsensdokument für die interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust in Bezug auf Aspekte, die nicht unter die Verordnung (EU) 2018/1727 fallen, zu erarbeiten, damit die EU-PPK 2020 in Helsinki in diesen Punkten zu Schlussfolgerungen gelangen kann.
- Der finnische Vorsitz hat einen entsprechenden Vermerk erstellt, der in der Sitzung der Generalsekretäre der Parlamente der Europäischen Union am 26. und 27. Januar 2020 in Helsinki erörtert wurde.

3.3 Die Europäische Grenz- und Küstenwache

Die interparlamentarische Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Europäischen Grenz- und Küstenwache ist die jüngste Entwicklung in den parlamentarischen Beziehungen im Bereich Justiz und Inneres. Die neue Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache¹³, die 2018 von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und 2019 angenommen wurde, ist ein wichtiger Bestandteil des umfassenden Ansatzes der EU für Migration und Grenzmanagement. Die Verordnung zielt darauf ab, die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Migration und potenziellen künftigen Bedrohungen an den Außengrenzen anzugehen und ein hohes Maß an innerer Sicherheit und gleichzeitig den freien Personenverkehr innerhalb der Union zu gewährleisten.

Die Europäische Grenz- und Küstenwache setzt sich aus *nationalen Behörden* und der *Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache* zusammen. Die nationalen Parlamente haben die Kontrollbefugnis über die zuständigen nationalen Behörden, die ihnen von den nationalen Verfassungssystemen der Mitgliedstaaten übertragen wurde. Das Europäische Parlament ist im Einklang mit den Verträgen für die Kontrolle der Europäischen Agentur für die Kontrolle der Grenz- und Küstenwache zuständig.

In Artikel 112 der Verordnung (EU) 2019/1896, der die interparlamentarische Zusammenarbeit betrifft, heißt es:

„1. Um dem besonderen Charakter der Europäischen Grenz- und Küstenwache, die sich aus nationalen Behörden und der Agentur zusammensetzt, Rechnung zu tragen und um sicherzustellen, dass das Europäische Parlament gegenüber der Agentur und die nationalen Parlamente gegenüber ihren jeweiligen nationalen Behörden die ihnen durch die Verträge bzw. das nationale Recht übertragenen Kontrollfunktionen wirksam ausüben können, können das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente im Rahmen von Artikel 9 des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zusammenarbeiten^[14].

2. Auf Einladung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente im Zusammenhang von Absatz 1 nehmen der Exekutivdirektor und der Vorsitz des Verwaltungsrats an diesbezüglichen Sitzungen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente teil.

3. Die Agentur übermittelt ihren jährlichen Tätigkeitsbericht den nationalen Parlamenten.“

Die für die Europäische Grenz- und Küstenwache geplante interparlamentarische Zusammenarbeit hat einen anderen und engeren Anwendungsbereich als der GPKA für Europol oder die interparlamentarischen Ausschusssitzungen für die Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust.

Umfang und Art der verschiedenen Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres sind sehr unterschiedlich. Durch praktische Vorkehrungen, die auf die Besonderheiten jedes Mandats abgestimmt sind, wird sichergestellt, dass die Kontrollbestimmungen im Einklang mit den von den Mitgesetzgebern beabsichtigten Auswirkungen vollständig durchgesetzt werden.

13 [Verordnung \(EU\) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2019 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen \(EU\) Nr. 1052/2013 und \(EU\) 2016/1624.](#)

14 Artikel 9 des Protokolls (Nr. 1) über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zum Vertrag von Lissabon lautet: „Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Union gestaltet und gefördert werden kann.“

4. INTERPARLAMENTARISCHE TREFFEN

4.1 Interparlamentarische Ausschusssitzungen (ICM)

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments organisieren jährlich bis zu 20 interparlamentarische Ausschusssitzungen, zu denen sie die entsprechenden Ausschüsse der nationalen Parlamente der EU einladen, um gezielte Aussprachen zu führen. Weitere interparlamentarische Treffen werden vom Parlament des Mitgliedstaats organisiert, der den Ratsvorsitz innehat.

Interparlamentarische Ausschusssitzungen haben sich als sehr wirksames Mittel für die Mitglieder des Europäischen Parlaments erwiesen, um einen Meinungsaustausch mit ihren nationalen Kollegen zu führen. Interparlamentarische Ausschusssitzungen sind nicht nur ein Forum für den Austausch über legislative Fragen und tragen damit zu einer besseren Rechtsetzung bei, sondern sind auch eine Plattform für die Erörterung politischer Fragen von gemeinsamem Interesse und für Treffen mit dem VP/HR und Kommissionsmitgliedern. Interparlamentarische Ausschusssitzungen werden auf Initiative eines oder mehrerer Ausschüsse des Europäischen Parlaments mit Unterstützung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gemeinsam organisiert.

Aufgrund der Europawahl wurden 2019 insgesamt nur 7 interparlamentarische Ausschusssitzungen¹⁵ von fünf verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen organisiert, wodurch es zu Debatten zwischen 232 Abgeordneten nationaler Parlamente und 190 Mitgliedern des Europäischen Parlaments kam.

Der AFET-Ausschuss hat zwei interparlamentarische Ausschusssitzungen abgehalten. Am 2. April 2019 organisierte er eine interparlamentarische Ausschusssitzung zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die er in drei Sitzungen unterteilte. In der ersten Sitzung ging es um einen Meinungsaustausch über die Zukunft der GASP. Die wichtigsten erörterten Fragen waren die Herausforderungen, vor denen die EU heute steht, die Standpunkte der Mitgliedstaaten zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit über die GASP im Rat und die Tatsache, dass die EU sich auf eine stärkere Führungsrolle in der Außen- und Sicherheitspolitik konzentrieren muss.

Den Schwerpunkt der zweiten Podiumsdiskussion der interparlamentarischen Ausschusssitzung bildeten die künftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit mit Beteiligung des EU-Chefunterhändlers Michel Barnier. Herr Barnier erklärte: „Ich vertraue darauf, dass wir diese Brexit-Verhandlungen positiv abschließen können, damit die EU die zahlreichen Herausforderungen bewältigen kann, die für uns noch gravierender werden: Klimawandel, Wirtschaft, technologische Kriegsführung, Migration und europäische Verteidigung“. In der dritten Podiumsdiskussion wurde mit Johannes Hahn, dem für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen zuständigen Kommissionsmitglied, das weitere Vorgehen in Bezug auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und die Erweiterungspolitik erörtert.

Anlässlich des Internationalen Frauentags 2019 lud der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) zusammen mit dem Referat Legislativer Dialog der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten Mitglieder der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten zu einem interparlamentarischen Treffen über die Macht der Frau in der Politik ein.

¹⁵ Darunter 3 ICM, die im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche (siehe Kapitel 2.1) organisiert wurden.



ICM anlässlich des Internationalen Frauentags 2019 © EU-EP.

Die Veranstaltung wurde rund um zwei Themen organisiert. In der ersten Podiumsdiskussion wurde die Frage erörtert, wie viel Macht Frauen in der Politik tatsächlich haben und wie diese gestärkt werden kann. Eine zweite Podiumsdiskussion war jungen Frauen in der Politik gewidmet. Dieses interparlamentarische Treffen bot ein globales Forum für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren zur Förderung der Vertretung von Frauen in der Politik. Die Schlussbemerkungen wurden von der VP/HR Federica Mogherini gemacht. Sie machte auf die derzeitige Gegenreaktion gegen die Gleichstellung der Geschlechter aufmerksam und wies darauf hin, dass Männer dazu beitragen müssen, die Gleichstellung zu verwirklichen.



Lebhafte interparlamentarische Debatte über das Europäische Semester und seine Auswirkungen auf die nationalen Volkswirtschaften © EU-EP.

Am 24. September 2019 lud der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) die nationalen Parlamente der EU zu einer interparlamentarischen Ausschusssitzung ein, um die länderspezifischen Empfehlungen zu erörtern. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Umsetzung der Prioritäten des Europäischen Semesters 2019 sowie die Prioritäten für den Jahreswachstumsbericht 2020, der die Grundlage für das Europäische Semester im nächsten Jahr bilden wird.



David McAllister, Vorsitzender des AFET-Ausschusses, Josep Borrell, VP/HR, und Witold Jan Waszczykowski, stellvertretender Vorsitzender des AFET-Ausschusses, bei der vom Referat Legislativer Dialog und vom AFET-Ausschuss gemeinsam organisierten interparlamentarischen Ausschusssitzung am 4. Dezember 2019 © EU-EP.

Am 4. Dezember 2019 veranstaltete der AFET-Ausschuss eine zweite interparlamentarische Ausschusssitzung. Diese interparlamentarische Ausschusssitzung ermöglichte einen ersten Austausch zwischen der neuen EU-Führung und Abgeordneten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zu Beginn der neuen Wahlperiode.

Josep Borrell, der neue Vizepräsident/Hohe Vertreter, und Olivér Várhelyi, für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen zuständiges Mitglied der Kommission, nahmen an der Sitzung teil.

Eine Liste aller interparlamentarischen Ausschusssitzungen, die die Ausschüsse des Europäischen Parlaments 2019 organisiert haben, sowie detailliertere Statistiken finden Sie in Anhang II.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2019:

- Aufgrund der Wahl zum Europäischen Parlament und der Einsetzung des neuen Parlaments fanden 2019 weniger interparlamentarische Ausschusssitzungen statt als üblich.

4.2 Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU und multilaterale parlamentarische Versammlungen

Aufbauend auf dem umfassenden Fachwissen, das im Rahmen der Zusammenarbeit auf Ausschussebene entwickelt wurde, leistete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten im Jahr 2019 im Bereich des auswärtigen Handelns der EU Unterstützung und förderte die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU.

Das Interesse an der Zusammenarbeit und dem Austausch bewährter Verfahren im Bereich des auswärtigen Handelns der EU hat sowohl aufseiten des EP als auch aufseiten der nationalen Parlamente weiter zugenommen.

Das 6. Gipfeltreffen der Parlamentspräsidenten (im Rahmen der G20) und die 15. Plenartagung der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) wurden am 13./14. Februar 2019 vom Europäischen Parlament in Straßburg ausgerichtet. Die vom Referat Euromed und Naher Osten (Direktion Regionen – Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union (GD EXPO)) organisierten Veranstaltungen wurden beide von Präsident Antonio Tajani eröffnet und befassten sich schwerpunktmäßig mit den Herausforderungen durch Migration und Flüchtlinge auf beiden Seiten des Mittelmeers.

Diese Themen lösten eine lebhafte Debatte unter den Teilnehmern sowohl auf dem Gipfeltreffen der Parlamentspräsidenten als auch auf der Plenartagung der PV-UfM aus. Der Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, Dimitris Avramopoulos, und der Generalsekretär der Union für den Mittelmeerraum, Nasser Kamel, sprachen ebenfalls auf dem Gipfeltreffen der Parlamentspräsidenten.

Am Ende der Plenartagung übernahm die Türkei den Vorsitz der PV-UfM vom Europäischen Parlament. Das Plenum hat beschlossen, den Sitz der PV-UfM in Rom einzurichten, und die praktischen Modalitäten dafür werden unter dem türkischen Vorsitz der PV-UfM fortgesetzt.

Da 2019 das Jahr der Europawahl war, war der Umfang der interparlamentarischen Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU geringer als im Vorjahr. Dennoch hat die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten im Rahmen des Stipendienprogramms für Beitrittsvorbereitungen des EP für die Parlamente der westlichen Balkanstaaten eng mit der GD EXPO zusammengearbeitet und einen Mitarbeiter des montenegrinischen Parlaments zu einer Fachexkursion eingeladen. Dies bot die Gelegenheit, die Arbeit des Europäischen Parlaments und die interparlamentarische Zusammenarbeit in der EU zu erleben.

Vom 5. bis 7. September 2019 nahm die erste Vizepräsidentin Mairead McGuinness an dem Treffen der Parlamente der G7 in Brest (Frankreich) teil, wo sie den Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli vertrat.

Am 24. und 25. Oktober 2019 wurde die Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) in Straßburg organisiert. Im Europarat waren etwa 60 Präsidenten sowie 300 weitere Delegierte aus den Mitgliedstaaten und Partnerländern des Europarates sowie aus anderen internationalen Versammlungen vertreten. Das Europäische Parlament wurde durch Vizepräsidentin Dita Charanzová vertreten.



Eröffnungsrede von Liliane Maury Pasquier auf der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten in Straßburg am 24. Oktober 2019 © Europarat.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

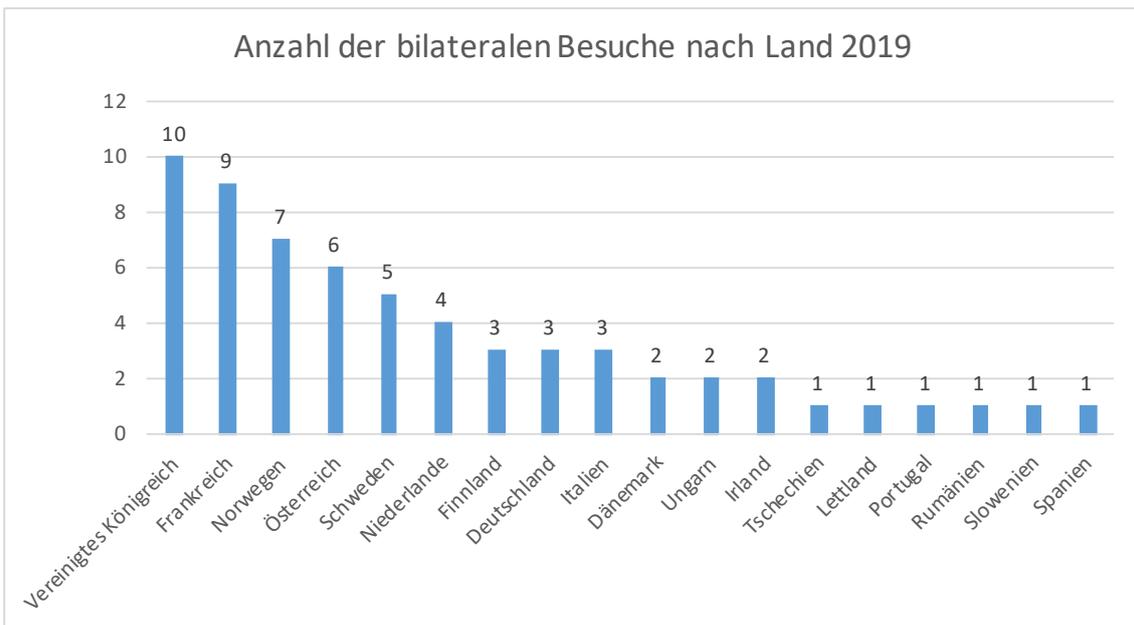
- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der GD EXPO im Rahmen des Stipendienprogramms für Beitrittsvorbereitungen;
- Aufstellung eines vorläufigen Kalenders der wichtigsten multilateralen parlamentarischen Versammlungen, an denen sowohl das EP als auch die nationalen Parlamente (Interparlamentarische Union, PACE, Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa usw.) beteiligt sind, um die Beziehungen zwischen dem EP und den beteiligten nationalen Parlamenten zu erleichtern.

4.3 Bilaterale Besuche von Parlamenten der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament

Bei bilateralen Besuchen handelt es sich um ein sich beständig weiterentwickelndes Instrument und Format für den interparlamentarischen Dialog zwischen den Mitgliedern der nationalen Parlamente und dem Europäischen Parlament. Dieses Format bietet einen sehr zielgerichteten, maßgeschneiderten, flexiblen und kosten- und zeitsparenden Rahmen. Es ermöglicht die Erörterung von Fragen, die für die einzelnen nationalen Parlamente von Belang sind.

Im Jahr 2019 war die Zahl der bilateralen Besuche (62) niedriger als im Vorjahr, was vor allem auf die Europawahl zurückzuführen war, während der das Parlament nicht tagte und die legislative Arbeit sich verlangsamte. Das Europäische Parlament empfing eine große Zahl von Besuchen vom Parlament des Vereinigten Königreichs (10), der französischen Nationalversammlung (9), Norwegen (7) und Österreich (6).

Die Verhandlungen über den Brexit hatten offenkundig Auswirkungen auf die Themen und die Häufigkeit der bilateralen Besuche des Vereinigten Königreichs 2019.



Anzahl der bilateralen Besuche nach Land 2019

Die Besuche französischer Delegationen standen weitgehend im Zusammenhang mit laufenden Gesetzgebungsdossiers der EU.

Das norwegische Parlament bekräftigte sein Interesse an der EU und insbesondere dem EP, indem es 2019 sieben Delegationen zu Besuchen bei verschiedenen Gremien und Mitgliedern des EP entsandte. Das Interesse des norwegischen Parlaments ist auch im Zusammenhang mit dem Brexit zu sehen, da das norwegische Modell oder die Möglichkeit des Beitritts des Vereinigten Königreichs zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), d. h. dem internationalen Abkommen, das die Ausweitung des Binnenmarkts der Europäischen Union auf Nicht-EU-Staaten ermöglicht, 2019 als mögliche Option für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich genannt wurde.

Die Besuche des Österreichischen Nationalrats zielten im Wesentlichen darauf ab, die Arbeitsbeziehungen zum EP weiter zu verbessern. Die österreichischen Delegationen besuchten außerdem das Besucherzentrum des Europäischen Parlaments und das Haus der Europäischen Geschichte, um Beiträge und Ideen für die Neueröffnung des Besucherzentrums des österreichischen Parlaments in Wien zu sammeln.

Außerdem wurden Besuche für Abgeordnete und Mitarbeiter im Rahmen des Programms zur Unterstützung des Parlaments des Vorsitzes für die Parlamente der Länder durchgeführt, die als Nächste den Ratsvorsitz der EU übernehmen (siehe Kapitel 7.3).

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten organisiert auf Anfrage zuweilen Studienaufenthalte zum Kapazitätsaufbau für die Mitarbeiter von Parlamenten/Kammern, die gerade ihre Organisation anpassen oder modernisieren und Interesse an der Arbeitsweise des EP bekunden.

Eine detaillierte Liste aller im Jahr 2019 mit Unterstützung der Direktion durchgeführten Besuche der Parlamente der Mitgliedstaaten beim Europäischen Parlament, einschließlich Videokonferenzen, finden Sie in Anhang III.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2019:

- Die Zahl der bilateralen Besuche ging infolge der Europawahl von 90 im Jahr 2018 auf 62 im Jahr 2019 zurück.

4.4 Nutzung von Videokonferenzen für den bilateralen Austausch

Videokonferenzen eröffnen neue Möglichkeiten und können die interparlamentarische Zusammenarbeit erleichtern. Das Europäische Parlament kann eine technische Lösung bereitstellen, die Videokonferenzen mit hervorragender Bild- und Tonqualität und Verdolmetschung in mehrere Sprachen ermöglicht. Die Nutzung von Videokonferenzen kann zu einem regelmäßigeren Kontakt zwischen den Abgeordneten beitragen, Reisezeit und Kosten senken und ist umweltfreundlich. Insgesamt stellen Videokonferenzen ein kostengünstiges Instrument für die Veranstaltung von Sitzungen dar.



Videokonferenz im Europäischen Parlament © EU-EP.

Videokonferenzen könnten leicht zu einer Ergänzung der herkömmlicheren interparlamentarischen Treffen werden. Der finnische Vorsitz hat eine Arbeitsgruppe zur Aktualisierung der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der EU¹⁶ eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat erkannt und berichtet, dass eine bessere Nutzung moderner Kommunikationsmittel die interparlamentarische Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene weiter erleichtern könnte.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Im Jahr 2019 wurden drei Videokonferenzen im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit veranstaltet.
- Videokonferenzen wurden nach wie vor nur in geringem Umfang genutzt, was zum Teil auf technische Sachzwänge und den Mangel an angemessener Ausrüstung in einigen nationalen Parlamenten zurückzuführen ist.

16 [Verstärkte interparlamentarische Zusammenarbeit durch moderne Technologie.](#)

5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU

5.1 Frühwarnsystem und Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon

Gemäß dem (in Artikel 5 EUV verankerten) Subsidiaritätsprinzip darf die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher auf Unionsebene besser zu erreichen sind. Die nationalen Parlamente achten auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips nach dem in jenem Protokoll vorgesehenen Verfahren. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dürfen die Maßnahmen der Union inhaltlich wie formal nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderliche Maß hinausgehen.

Mit dem Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit wird ein Überprüfungsmechanismus, das Frühwarnsystem (FWS), eingerichtet. Gemäß diesem Mechanismus können die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten der Organe darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist.

5.1.1 Frühwarnsystem

Im Rahmen des FWS werden Ausführungen der nationalen Parlamente der EU entsprechend den folgenden Kategorien geprüft:¹⁷

1. Begründete Stellungnahme: wenn das Dokument unter dieser Bezeichnung eingereicht wurde, innerhalb der in Artikel 6 des Protokolls 2 zum Vertrag von Lissabon¹⁸ genannten Frist von acht Wochen eingegangen ist und die Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips betrifft;
2. Beitrag: wenn das Dokument die oben genannten Kriterien nicht erfüllt.

Repräsentiert eine begründete Stellungnahme mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der den nationalen Parlamenten zugewiesenen Stimmen, muss der Entwurf des Gesetzgebungsaktes überprüft werden („gelbe Karte“). Das Organ, das den Entwurf des Gesetzgebungsaktes verfasst hat, kann beschließen, an dem Entwurf festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen, wobei dieser Beschluss zu begründen ist. Bei Entwürfen von Gesetzgebungsakten im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen liegt die Schwelle niedriger (ein Viertel der Stimmen).

Stellen die nationalen Parlamente im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens mindestens mit einfacher Mehrheit der Stimmen die Übereinstimmung eines Legislativvorschlags mit dem Subsidiaritätsprinzip in Frage und beschließt die Kommission, an ihrem Vorschlag

¹⁷ Siehe Dokument der Konferenz der Ausschussvorsitze vom 15. Dezember 2010: „Gemeinsames Konzept für die Behandlung begründeter Stellungnahmen und aller sonstigen Beiträge nationaler Parlamente auf Ausschussebene“.

¹⁸ Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit: „Die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente können binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in den Amtssprachen der Union in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei obliegt es dem jeweiligen nationalen Parlament oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren.“

festzuhalten, wird die Angelegenheit dem Gesetzgeber (Europäisches Parlament und Rat) vorgelegt. Ist der Gesetzgeber der Ansicht, dass der Legislativvorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist, kann er ihn mit der Mehrheit von 55 % der Mitglieder des Rates oder einer Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Europäischen Parlament ablehnen („orangefarbene Karte“). Das Verfahren der „gelben Karte“ wurde bislang dreimal¹⁹ ausgelöst, während das Verfahren der „orangefarbenen Karte“ noch nie zum Einsatz gekommen ist.

Innerhalb des Europäischen Parlaments ist der Rechtsausschuss (JURI) für die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Zusammenhang mit begründeten Stellungnahmen zuständig.²⁰ Alle sechs Monate wird ein Mitglied des Ausschusses auf der Grundlage eines Rotationsverfahrens zwischen den Fraktionen zum ständigen Berichterstatter für Subsidiaritätsfragen ernannt.

Angel Dzhambazki (ECR) hat im ersten Halbjahr 2019 die Funktion des ständigen Berichterstatters für Subsidiarität wahrgenommen, gefolgt von Nacho Sánchez Amor (S&D) im zweiten Halbjahr. In diesem Zusammenhang erstellt der JURI-Ausschuss regelmäßig einen Bericht über den von der Kommission verfassten Jahresbericht über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit.

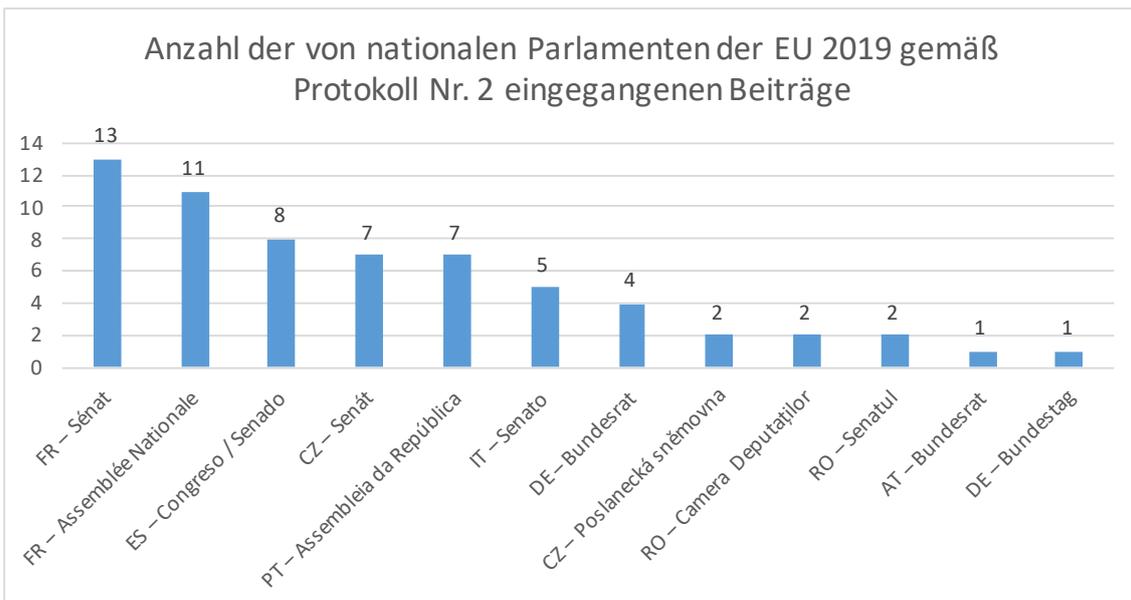
Antonio Tajani, Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, und Nacho Sánchez Amor, ständiger Berichterstatter für Subsidiarität im JURI-Ausschuss, nahmen als Hauptredner an der 9. Subsidiaritätskonferenz mit dem Titel „Aktive Subsidiarität: Gemeinsam einen Mehrwert für die EU schaffen“, am 22. November 2019 in Rom teil. Die Konferenz wurde vom Europäischen Ausschuss der Regionen und der Konferenz der Präsidenten der italienischen Regionalparlamente gemeinsam organisiert.

5.1.2 Ausführungen der nationalen Parlamente der EU

2019 gingen beim Europäischen Parlament nur 63 Dokumente der nationalen Parlamente gemäß dem Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ein. Bei den 63 Dokumenten handelte es sich ausnahmslos um Beiträge, und es wurden keine begründeten Stellungnahmen eingereicht. Im Jahr 2018 gingen beim EP 473 Dokumente ein, davon 46 begründete Stellungnahmen und 427 Beiträge. Dieser Rückgang um 87 % zwischen 2018 und 2019 ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die achte Wahlperiode des EP 2019 endete und sich die meisten Legislativvorschläge in der Phase ihrer endgültigen Annahme befanden. Darüber hinaus haben die nationalen Parlamente zwischen Januar und April 2019 im Rahmen des Protokolls Nr. 2 nur 14 Legislativvorschläge erhalten.

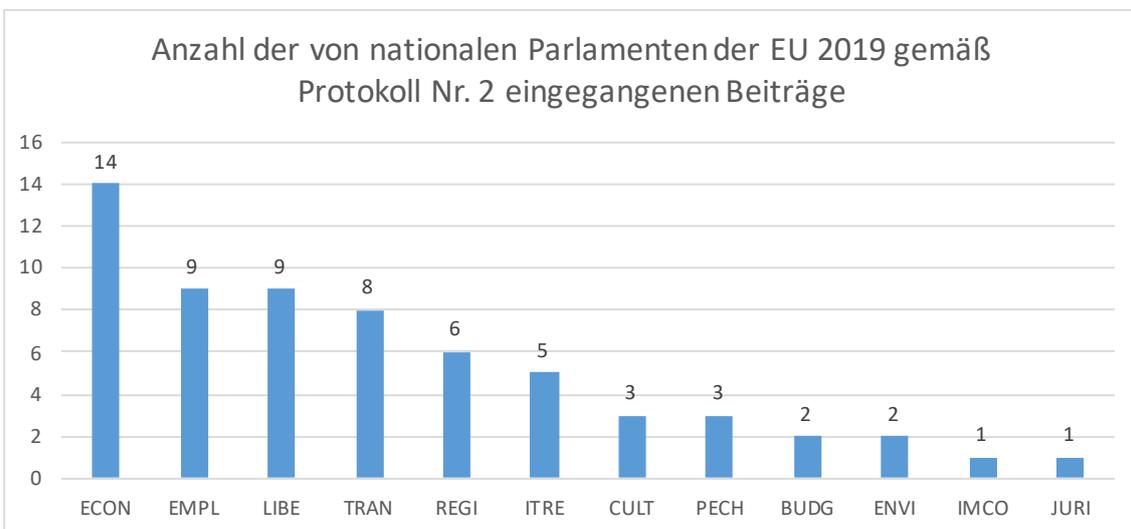
19 Das Verfahren der „gelben Karte“ kam 2012 bei einem Vorschlag der Kommission für eine Verordnung betreffend die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit („Monti II“) zum Einsatz. Die Kommission zog ihren Vorschlag schließlich zurück, war aber dennoch der Ansicht, dass kein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip vorlag. Das Verfahren wurde erneut 2013 nach der Vorlage des Vorschlags für eine Verordnung zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft angewendet. Die Kommission beschloss, [an dem Vorschlag festzuhalten](#), und führte an, dass er mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sei. Schließlich wurde es im Jahr 2016 gegen den [Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern](#) erneut angewendet. Die Kommission gab eine ausführliche [Begründung](#) für die Aufrechterhaltung ihres Vorschlags, in der sie geltend machte, dass es sich bei der Entsendung von Arbeitnehmern definitionsgemäß um einen grenzüberschreitenden Sachverhalt handle und daher nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen werde.

20 Anhang V Absatz XVI der Geschäftsordnung der Europäischen Parlaments besagt, dass der Rechtsausschuss zuständig ist für: „die Auslegung, Anwendung und Überwachung des Unionsrechts, die Übereinstimmung der Rechtsakte der Union mit dem Primärrecht, insbesondere die Wahl der Rechtsgrundlagen und die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.“



Zahl der Beiträge der Parlamente im Jahr 2019 nach Kammer. Es gab keine begründeten Stellungnahmen.

2019 haben nur 12 von 41 Kammern Beiträge eingereicht. Die aktivsten waren das französische Parlament (13 vom Senat und 11 vom Abgeordnetenhaus), das spanische Parlament (8), der tschechische Senat (7) und das portugiesische Parlament (7).



Zahl der eingegangenen Beiträge nach Ausschuss. Es gab keine begründeten Stellungnahmen.

Die meisten Beiträge gingen beim Ausschuss für Wirtschaft und Währung, beim Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, beim Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie beim Ausschuss für Verkehr und Tourismus ein.

Im Zeitraum seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (Dezember 2009 bis Dezember 2019) wurden den nationalen Parlamenten insgesamt 887 Entwürfe von Rechtsakten zur Prüfung gemäß dem Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon übermittelt. Als Reaktion erhielt das Europäische Parlament insgesamt 3 335 Dokumente nationaler Parlamente. Davon waren 474 (14 %) begründete Stellungnahmen, die restlichen 2 861 waren Beiträge, die sich mit dem Inhalt der Vorschläge befassten.

Die nationalen Parlamente der EU haben das Protokoll Nr. 2 häufiger als Mittel genutzt, um ihre Standpunkte zum Inhalt der Vorschläge zum Ausdruck zu bringen als zur Subsidiarität. Dies könnte ihren Wunsch widerspiegeln, stärker in den inhaltlichen Gesetzgebungsprozess einbezogen zu werden.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten stellt den Mitgliedern (insbesondere den Berichterstatter), den politischen Gremien und den Dienststellen des EP während des gesamten Gesetzgebungszyklus spezifische Fachkenntnisse und Briefings zu den Vorlagen der nationalen Parlamente der EU zur Verfügung, die als Input für die Ausarbeitung von Ausschussberichten und für Trilogverhandlungen mit dem Rat verwendet werden. Die Direktion verwaltet auch die CONNECT-Datenbank, die alle begründeten Stellungnahmen und Beiträge der nationalen Parlamente enthält (siehe Kapitel 7.1)²¹.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2019:

- Weniger Legislativvorschläge zur Prüfung, da die Wahlperiode dem Ende zuzuging. Der Schwerpunkt der legislativen Bemühungen lag auf der Fertigstellung und Annahme von Vorschlägen.

5.1.3 Monatliche Aufzeichnung zum aktuellen Stand

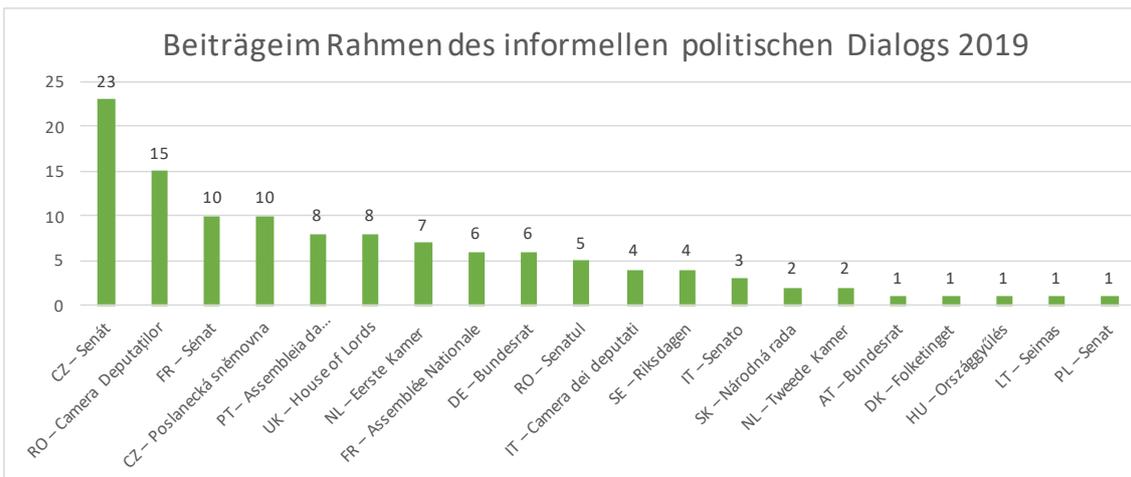
Die Direktion Beziehungen mit den nationalen Parlamenten erstellt auch eine monatliche Aufzeichnung über die begründeten Stellungnahmen und Beiträge, die gemäß Protokoll Nr. 2 eingereicht wurden (State of Play Note). Diese Aufzeichnung gibt einen Überblick über alle seit der letzten Aufzeichnung übermittelten Dokumente und bezieht sich auf alle legislativen Dossiers, die auf der Tagesordnung der nächsten Plenartagung des EP stehen. Die Aufzeichnung ist auch in den Sitzungsunterlagen für die Konferenz der Ausschussvorsitze des EP enthalten, die am Dienstag jeder Plenartagung in Straßburg zusammentritt. Die Aufzeichnung zum aktuellen Stand wird auch vor jeder Plenartagung des Europäischen Parlaments auf der Website der Direktion veröffentlicht.

5.2 Informeller politischer Dialog und Protokoll Nr. 1 zum AEUV

Das Protokoll Nr. 1 zum AEUV sieht vor, dass sich nationale Parlamente zu legislativen Dossiers, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen und zu nichtlegislativen Dokumenten, beispielsweise im Zusammenhang mit den laufenden Debatten auf europäischer Ebene und zu Grün-/Weißbüchern oder Mitteilungen der Kommission äußern können. Diese Beiträge werden im Rahmen des informellen politischen Dialogs (IPD) behandelt.

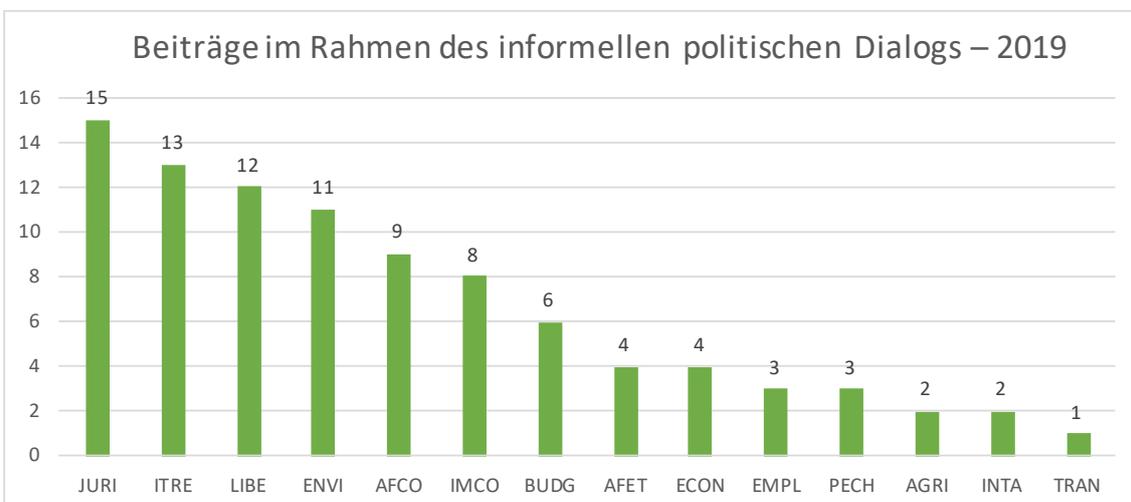
Auch 2019 haben die nationalen Parlamente der EU aktiv von diesem Instrument Gebrauch gemacht und 118 Beiträge eingereicht. Die vier aktivsten Parlamente/Kammern in diesem Zusammenhang waren 2019 der tschechische Senat (23), das rumänische Abgeordnetenhaus (15), der französische Senat (10) und das tschechische Abgeordnetenhaus (10).

21 Die Datenbank ist hier zu finden: <https://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/connect/welcome.html>



Zahl der Beiträge der Parlamente im Jahr 2019 nach Kammer.

Insgesamt wurden 93 der Beiträge den Ausschüssen zugewiesen. Die vier Ausschüsse, die die meisten IPD-Beiträge erhielten, waren der Rechtsausschuss (JURI) mit 15 Beiträgen, der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) mit 13, der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) mit 12 und der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) mit 11.



Zahl der Beiträge der Parlamente im Jahr 2019 nach Ausschuss²².

Seit 2009 hat das EP 2 268 Beiträge im Rahmen des Protokolls Nr. 1 von nationalen Parlamenten der EU erhalten, die auch in der CONNECT-Datenbank²³ veröffentlicht wurden. Detaillierte Statistiken über die Beiträge, die 2019 im Rahmen des IDP eingegangen sind, finden Sie in Anhang V.

²² In der Übersicht zu den Ausschüssen fehlen 20 eigene Stellungnahmen und 5 gemeinsame Stellungnahmen, die keinem Ausschuss zugewiesen wurden.

²³ <http://www.connefop.europarl.europa.eu/connefop/app/?protocol=1>

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Die Zahl der im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereichten Beiträge sank um 54 % von 259 im Jahr 2018 auf 118 im Jahr 2019. Dieser Rückgang war höchstwahrscheinlich auf das Ende der Wahlperiode zurückzuführen (die Wahl zum Europäischen Parlament fand im Mai 2019 statt), als sich die Gesetzgebungstätigkeit der EU-Organe erheblich verlangsamte.
- Die nationalen Parlamente liefern zusammen mit ihren Ausführungen sowohl im Rahmen des Protokolls Nr. 2 als auch des Protokolls Nr. 1 nun häufiger eine Zusammenfassung in englischer Sprache. Dies erleichtert die Arbeit der Gesetzgeber.

6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN

6.1 Interparlamentarischer EU-Informationsaustausch (IPEX)



Das Ziel des Interparlamentarischen EU-Informationsaustauschs (IPEX) ist die Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit durch die Bereitstellung einer Plattform und eines Netzwerks für den elektronischen Austausch von EU-bezogenen Informationen zwischen Parlamenten in der EU. IPEX wurde als eine Initiative der nationalen Parlamente der EU ins Leben gerufen und mit technischer Unterstützung des Europäischen Parlaments entwickelt. 2019 haben 41 Kammern von 28 nationalen Parlamenten sowie das Europäische Parlament IPEX bei ihrer täglichen Arbeit verwendet. IPEX wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden.

IPEX wurde unterschiedlich bezeichnet, als „Instrument“, als „Plattform“ und als „Netzwerk“. Diese drei Definitionen sind Ausdruck der Weiterentwicklung des Instruments. Der Wandel von einem Werkzeug zu einem Netzwerk verlief schleppend, trägt aber jetzt Früchte.

Siehe: www.ipex.eu/IPEXL-WEB/home/home.do?appLng=DE

2019 war das Jahr, in dem die digitale Strategie für IPEX und das erste IPEX-Arbeitsprogramm vollendet wurden.

Es wurden drei Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit folgenden Themen befassen:

- Stärkung der Förderung von IPEX (unter dem Vorsitz eines Mitarbeiters des Deutschen Bundestags),
- Stärkung des IPEX-Netzes (unter dem Vorsitz des dänischen Folketing und später der Luxemburger Chambre des Députés);
- Verbesserung des digitalen Systems der IPEX-Datenbank (unter dem Vorsitz des EP).

Die Arbeitsgruppen haben Berichte und konkrete Vorschläge für den IPEX-Vorstand zu der Frage ausgearbeitet, wie IPEX als treibende Kraft für Initiativen im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit weiterentwickelt werden kann.

Die von den Arbeitsgruppen ausgearbeiteten Vorschläge wurden auf den Vorstandssitzungen in Wien (Januar und Mai 2019) und Brüssel (Oktober 2019) erörtert. Der Vorstand hat die Ergebnisse der Arbeitsgruppen förmlich angenommen.

Die vom österreichischen Ratsvorsitz organisierte jährliche Sitzung der IPEX-Korrespondenten am 14. und 15. November 2019 in Wien bot Gelegenheit zur Annahme neuer Diskussionsformate und zur Umsetzung kreativer Ideen, die eine Weiterentwicklung des IPEX-Netzwerks ermöglichten. Daher ist

IPEX bereits im Wandel begriffen und ist dabei, die zentrale Anlaufstelle für den interparlamentarischen Austausch über EU-Angelegenheiten zu werden, die das EP und die nationalen Parlamente gefordert haben.

Ein wichtiger Indikator für die zunehmende Bedeutung von IPEX für die Entwicklung der interparlamentarischen Zusammenarbeit war die Entscheidung des Europäischen Parlaments, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um die Entwicklung der neuen IPEX-Website im Jahr 2020 zu unterstützen. Auf der Grundlage des Arbeitsprogramms zur Umsetzung der digitalen Strategie hat der IPEX-Vorstand neue Formen des Austauschs zwischen den Parlamenten entwickelt, und die neue IPEX-Website sollte es ermöglichen, dass diese sich in der alltäglichen Arbeit etablieren. Ohne dieses starke Engagement des EP wäre es unmöglich gewesen, die notwendigen Verbesserungen der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten in EU-Angelegenheiten umzusetzen. Dieser wichtige Beitrag, eine gemeinsame Anstrengung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und der Direktion Ressourcen (Generaldirektion Präsidentschaft (GD PRES)), der Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung (GD ITEC) und des Kabinetts des Generalsekretärs, war sicherlich eines der besten Beispiele für eine „Wirkung durch Zusammenarbeit“ in der Praxis im Jahr 2019.

Ebenfalls 2019 hat IPEX die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) erfolgreich umgesetzt und die IPEX-Datenschutzerklärung zusammen mit der Absichtserklärung, in der die Aufgaben der gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortlichen (der IPEX-Vorstand und die nationalen Parlamente) festgelegt sind, veröffentlicht.

Zusätzlich zu diesen intensiven Arbeiten hat IPEX seine Rolle als Plattform im Zusammenhang mit der Subsidiarität und der Kontrolle der EU-Gesetzesentwürfe durch die nationalen Parlamente der EU weiter wahrgenommen.

Im Rahmen von IPEX werden derzeit mehr als 106 000 von nationalen Parlamenten der EU und den EU-Organen erstellte Seiten veröffentlicht, was kontrollbezogene Informationen in fast 80 000 Dokumenten umfasst, die von den nationalen Parlamenten erstellt wurden und die mit etwa 12 000 Dossiers zusammenhängen. Im Jahr 2019 wurden bei IPEX insgesamt 811 legislative und nichtlegislative Dokumente registriert, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr infolge der neuen Wahlperiode darstellte (2018: 1 119; 2017: 1 053; 2016: 1 064; 2015: 805).

2019 hatte die IPEX-Website mehr als 340 000 Einzelbesucher, womit sich der allgemeine Trend der Vorjahre fortgesetzt hat (2018: 285 881; 2017: 307 737; 2016: 253 264; 2015: 234 480). Mit einem Anstieg um mehr als 30 Mio. Seiten gegenüber 2018 ist die Zahl der aufgerufenen Seiten – fast 43 Millionen! – jedoch die mit Abstand höchste bisher registrierte Zahl.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Fertigstellung eines Verzeichnisses der Vorschläge und Ideen für den Inhalt der neuen Bereiche der IPEX-Website;
- IPEX hat seine Rolle als Netzwerk konsolidiert.

6.2 Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)



Zu den Mitgliedern des vom Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemeinsam geführten EZPWD zählen 66 parlamentarische Kammern (davon 41 in der Europäischen Union) aus 54 Ländern sowie die EU-Organe. Fast 120 Korrespondenten und stellvertretende Korrespondenten vertreten ihr jeweiliges Parlament innerhalb des Netzwerks und tragen zu den Hauptaktivitäten des EZPWD bei, die in einem intensiven Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bestehen.

Zum dritten Mal haben die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) erfolgreich ein EZPWD-Seminar mit dem Titel „Durch Wissen zum Handeln befähigen: Parlamentarische Forschung im Zeitalter von Desinformationen und Überangebot an Informationen“ organisiert. An der Veranstaltung nahmen 65 Teilnehmer, die 33 parlamentarischen Kammern und internationalen Organisationen angehörten, teil. Das Seminar begann mit einer Diskussion zwischen Führungskräften und Direktoren über die wichtigsten Herausforderungen bei der Leitung eines Forschungsdienstes, gefolgt von einer Reihe von Fallstudien zur Begrüßung eines neuen Parlaments.

Schwerpunkt einer weiteren Sitzung war die „faktengestützte Politikgestaltung“, sodass die Teilnehmer Einblicke in die Politikbewertung erhielten. Eine Sitzung zum Thema „Zusammenarbeit mit Partnern“ bot dem US-amerikanischen Congressional Research Service und anderen Dienststellen des US-Kongresses Gelegenheit, ihre Tätigkeiten vorzustellen und Fragen zu beantworten. Faktengestützte Politikgestaltung und die Notwendigkeit ethischer Leitlinien für die Unabhängigkeit und den Rückgriff auf Fachwissen waren das Thema einer inspirierenden Diskussion. Die erste Vizepräsidentin Mairead McGuinness und der Generalsekretär des EP Klaus Welle sprachen ebenfalls während des Seminars.

Insgesamt war das EZPWD-Sekretariat an der Organisation von sechs Seminaren und vier satzungsgemäßen Sitzungen beteiligt, die alle in enger Zusammenarbeit mit den Gastparlamenten organisiert wurden.

Die dem EZPWD-Netzwerk angehörenden Parlamente richteten 2019 306 vergleichende Anfragen an das Netzwerk (2018: 333). Diese Anfragen haben zu 7 310 Antworten geführt, was einen leichten Rückgang gegenüber den 7 963 Antworten im Jahr 2018 bedeutet. Das EZPWD-Sekretariat hat die Einreichung von Anfragen genau überwacht, um sicherzustellen, dass die Standards des EZPWD

eingehalten werden. Es sei darauf hingewiesen, dass die Dienststellen einiger nationaler Parlamente und das Europäische Parlament zum ersten Mal Anfragen im Zusammenhang mit nationalen Rechtsakten über die Informationsfreiheit und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang zu Dokumenten erhielten.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten hat die Dienststellen des EP auch unterstützt, indem sie ihre Anfragen erleichtert und an das EZPWD-Netz weitergeleitet hat. Insgesamt hat das EP im Laufe des Jahres 2019 16 Anfragen beim EZPWD-Netz eingereicht. Dies stellt einen erheblichen Anstieg gegenüber 2018 dar, als es nur fünf Anfragen des EP gab. Darüber hinaus hat das EP 29 Antworten auf Anfragen anderer EZPWD-Parlamente gegeben, eine Zahl, die gegenüber der von 2018 (31 Antworten) fast gleich geblieben ist.

Die Unterstützung durch die IT-Dienste des EP war für das ordnungsgemäße Funktionieren der EZPWD-Website und den Arbeitsablauf für Anfragen auch im Jahr 2019 von entscheidender Bedeutung. Die dem EZPWD angehörenden Parlamente zeigten sich zuversichtlich, dass das EP das reibungslose Funktionieren des Dienstes sicherstellen werde.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2019:

- Umsetzung der neuen Datenschutz-Grundverordnung,

6.3 Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten empfängt die von den nationalen Parlamenten/Kammern der EU benannten Vertreter der Verwaltung im Europäischen Parlament. Im Interesse einer Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU stellt das Europäische Parlament den Vertretern seit 1991 auf Anfrage in seinen Räumlichkeiten in Brüssel und Straßburg kostenlos Büroräume und andere hauseigene Einrichtungen bereit.

Die nationalen Parlamente der EU werden in Brüssel durch nationale Beamte vertreten, denen das EP Räume zur Verfügung stellt. Am 31. Dezember 2019 waren 56 Mitarbeiter, die 39 Kammern angehörten, in 36 Büros in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments tätig²⁴. Die Vertreter tauschen regelmäßig Informationen untereinander und mit den Dienststellen des EP aus, um den interparlamentarischen Austausch und die Zusammenarbeit zu erleichtern und zu fördern.

Die Vertreter arbeiten in demselben Gebäude, in dem auch die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten untergebracht ist. Das trägt zur Entstehung zahlreicher Synergien bei und fördert einen einfachen Austausch. Die Direktion hat weiterhin eine Reihe von Workshops für die Vertreter der nationalen Parlamente organisiert. Ziel dieser Workshops ist es, spezifische Arbeitsbereiche und Verwaltungsprojekte des Europäischen Parlaments vorzustellen und informelle Diskussionen über damit zusammenhängende Themen von gemeinsamem Interesse zu führen, um voneinander zu lernen und ein besseres Verständnis der unterschiedlichen Verwaltungskulturen zu erlangen.

²⁴ Einschließlich des COSAC-Sekretariats und des IPEX-Informationsbeauftragten.

2019 wurden Workshops zur Europawahl, dem Brexit, dem EPRS und den Arbeiten und Tätigkeiten der Generaldirektion Interne Politikbereiche des EP (GD IPOL) organisiert. An allen Workshops nahm der zuständige Generaldirektor teil. Ein Workshop war einer Debatte mit dem Generalsekretär, Klaus Welle, gewidmet.

Eine Liste der Vertreter der nationalen Parlamente ist abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/networks/representatives-of-national-parliaments.html>

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Weiterentwicklung informeller Workshops mit Vertretern;
- Verlegung der Büros der Vertreter vom Wiertz-Gebäude in das Montoyer-Gebäude.

6.4 Seminare für Mitarbeiter

„In der Erwägung, dass ein besseres Zusammenwirken und ein besserer Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Mitgliedern der nationalen Parlamente sowie mit den Beamten der nationalen Parlamente dazu beitragen könnte, die Kontrolle der Diskussionen über europapolitische Fragen auf nationaler Ebene zu verbessern und somit eine wirklich europäische parlamentarische und politische Kultur zu fördern“, so die Entschließung des EP zu der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags²⁵. 2019 veranstaltete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten eine Reihe von Seminaren für Mitarbeiter der nationalen Parlamente/Kammern der EU. Dabei sollten Mitarbeiter der nationalen Parlamente und des EP zusammenkommen, um relevante europäische Themen vorzustellen und zu diskutieren, voneinander zu lernen und bewährte Verfahren auszutauschen.

Neben der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf politischer Ebene war eine weitere wichtige Entwicklung in den letzten Jahren die Organisation von Seminaren für Mitarbeiter, um den technischen Austausch auf Mitarbeiterebene zu erleichtern. Die Seminare für Mitarbeiter stellen eine wichtige Plattform für die Verwaltungen der Parlamente dar, um einen konkreteren und zielgerichteteren Austausch über Bereiche von gemeinsamem Interesse zu führen. Seminare für Mitarbeiter sind ein dynamisches Element der Arbeit sowohl des EP als auch der nationalen Parlamente der EU.

Am 19. und 20. März 2019 veranstaltete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zusammen mit der Generaldirektion Kommunikation ein Seminar mit dem Titel „Kommunikation aus parlamentarischer Sicht“, an dem rund 62 Mitarbeiter nationaler Parlamente/Kammern teilnahmen. Mitarbeiter der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments führten eine lebhaft Diskussion darüber, wie sie als Organ mit den Bürgern kommunizieren können, und tauschten ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus. Dieses zweitägige Seminar bot den Teilnehmern Gelegenheit, sowohl aus europäischer Sicht als auch aus unterschiedlichen nationalen Blickwinkeln über die Kommunikationsgepflogenheiten zu diskutieren und wertvolle Einblicke zu gewinnen.

Ein weiteres Seminar für Mitarbeiter zum Thema „Europäisches Semester“ wurde vom Referat Unterstützung des wirtschaftspolitischen Handelns (GD IPOL) mit Unterstützung der Direktion organisiert. Mitarbeiter der wissenschaftlichen Dienste der nationalen Parlamente der EU und das EP arbeiten über das EZPWD-Netzwerk weiterhin zusammen (siehe Kapitel 6.2).

²⁵ [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. April 2018 zu der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags.](#)

7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN

7.1 CONNECT

CONNECT

Die Direktion Beziehungen mit den nationalen Parlamenten stellt den MdEP (insbesondere den Berichterstatter), den politischen Gremien und den Dienststellen des Europäischen Parlaments während des gesamten Gesetzgebungszyklus Fachwissen zu den Ausführungen nationaler Parlamente gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 zur Verfügung. In diesem Zusammenhang pflegt die Direktion die CONNECT-Datenbank, die alle Dokumente enthält, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon von den nationalen Parlamenten gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 übermittelt wurden. Die begründeten Stellungnahmen in Verbindung mit dem Frühwarnsystem stehen in allen Amtssprachen der EU zur Verfügung.

Seit 2017 kann die CONNECT-Datenbank auf der Website der Direktion²⁶ konsultiert werden. Alle Informationen in CONNECT, einschließlich der von den nationalen Parlamenten eingegangenen begründeten Stellungnahmen und Beiträge, sind in eCommittee, dem gemeinsamen Arbeitsraum der GD IPOL und der GD EXPO, im Zusammenhang mit dem Verfahren, auf das sie sich beziehen, direkt verfügbar. Dies gilt nicht nur für begründete Stellungnahmen, sondern auch für alle von nationalen Parlamenten der EU übermittelten Beiträge.

CONNECT ermöglicht es Berichterstattern, Mitgliedern, Assistenten und Mitarbeitern der Ausschussesekretariate sowie allen externen Interessenträgern zu jedem Zeitpunkt eines Gesetzgebungsverfahrens, eine aktuelle und vollständige Übersicht über alle Ausführungen der nationalen Parlamente zu erhalten. 2019 sind insgesamt **181** Dokumente eingegangen: **63** (35 %) wurden im Rahmen der Prüfungen der Verhältnismäßigkeit gemäß dem Protokoll Nr. 2 eingereicht, während **118** (65 %) Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs waren.

Am 31. Dezember 2019 konnten in der CONNECT-Datenbank insgesamt **5 675** Dokumente (begründete Stellungnahmen und Beiträge) der nationalen Parlamente der EU abgerufen werden. **3 322** (59 %) wurden im Rahmen der Prüfungen der Verhältnismäßigkeit gemäß dem Protokoll Nr. 2 eingereicht, während **2 353** (41 %) Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs waren.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Förderung der Bekanntheit von CONNECT bei den neu gewählten MdEP in der monatlichen Aufzeichnung zum aktuellen Stand, die den MdEP übermittelt wird;
- Rückgang der Zahl der Einreichungen, da 2019 ein Wahljahr war.

²⁶ <https://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/connect.html>

7.2 Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom)

CORCOM

Das Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom) ist eine Informationsquelle zu den Ausschüssen der nationalen Parlamente, die den Ausschüssen des Europäischen Parlaments entsprechen. Darüber hinaus enthält es Informationen über die verschiedenen Ausschussesekretariate der nationalen Parlamente der EU und des EP. Die im Verzeichnis enthaltenen Informationen werden von den in Brüssel ansässigen ständigen Vertretern der nationalen Parlamente bereitgestellt.

Nach der Annahme einer Entschließung²⁷ zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten der EU und dem Europäischen Parlament (Berichtersteller: Elmar Brok) im Mai 2009 wurde die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments entsprechend überarbeitet und besagt nun: „Ein Ausschuss kann unmittelbar auf Ausschussebene in einen Dialog mit den nationalen Parlamenten im Rahmen der für diesen Zweck vorgesehenen Haushaltsmittel eintreten. Dies kann geeignete Formen der prä- und postlegislativen Zusammenarbeit einschließen“ (Artikel 150 Absatz 3).

Die Anwendung CorCom wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden. Sie ist zu einer webbasierten Anwendung²⁸ geworden, die deutlich benutzerfreundlicher ist und mit einer ganzen Reihe neuer Funktionen ausgestattet wurde. Die Zahl der monatlich betrachteten Seiten beträgt durchschnittlich 392.

7.3 Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes

Das Europäische Parlament setzt sich kontinuierlich für eine enge Zusammenarbeit zwischen seiner eigenen Verwaltung und den Verwaltungen der nationalen Parlamente ein, insbesondere in der vorbereitenden Phase der parlamentarischen Dimension der einzelnen Ratsvorsitze der EU. Das Europäische Parlament bietet jedem Parlament, das als nächstes den rotierenden Ratsvorsitz übernehmen soll, Gelegenheit, an einem Programm in Brüssel teilzunehmen, um Tätigkeiten im Zusammenhang mit der parlamentarischen Dimension des Vorsitzes vorzubereiten. Das Europäische Parlament kann dem Parlament des Ratsvorsitzes ein maßgeschneidertes Unterstützungsprogramm auf der Grundlage spezifischer Anforderungen, Bedürfnisse und Prioritäten zur Verfügung stellen. Diese Initiative bietet die Gelegenheit, sich zu vernetzen und persönliche Kontakte mit allen Beteiligten aufzubauen, und ermöglicht eine effektive Weitergabe von Informationen und Fachwissen, wodurch die weitere Arbeit erleichtert und für Kohärenz gesorgt wird. Das Europäische Parlament kann zu den Kosten des Programms beitragen, die mit dem jeweiligen Parlament geteilt werden.

In den letzten Jahren hatten einige EU-Mitgliedstaaten den EU-Ratsvorsitz zum ersten Mal inne. Die Parlamente dieser Länder waren besonders an dem Programm des EP zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes interessiert. In diesem Zusammenhang hat die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten im Frühjahr 2019 drei Studienbesuche für neun Beamte des

27 [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Mai 2009 zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon.](#)

28 CorCom ist nur für den internen Gebrauch bestimmt. Die Anwendung ist im Intranet des Europäischen Parlaments zugänglich.

kroatischen Sabor organisiert, die für die Vorbereitung der parlamentarischen Dimension des kroatischen Ratsvorsitzes zuständig sein sollten. Diese Treffen umfassten Kontakte mit den zuständigen Ausschusseksretariaten des Europäischen Parlaments und anderen Dienststellen, dem IPEX-Bbeauftragten, dem COSAC-Sekretariat und Vertretern mehrerer nationaler Parlamente von Ländern, die vor kurzem den EU-Ratsvorsitz innehatten.

Ziel der Treffen war der Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Organisation wichtiger interparlamentarischer Treffen und Konferenzen wie der COSAC, der IPK über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU, der IPK GASP/GSVP und der Sitzungen des GPKA für Europol.

Darüber hinaus erleichterte die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten bilaterale Besuche des finnischen und des deutschen Parlaments, die als Vorbereitung auf ihren Ratsvorsitz dienten. Alle Programmteilnehmer bestätigten, dass der Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen sowie die enge Zusammenarbeit besonders nützlich waren, um eine bessere Planung der parlamentarischen Dimension des Vorsitzes zu gewährleisten.

Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2019:

- Organisation eines umfassenden Unterstützungsprogramms für das Personal des kroatischen Parlaments, das zum ersten Mal den Ratsvorsitz innehat, im EP in Brüssel;
- Organisation maßgeschneiderter Programme für Parlamente der Länder des künftigen Ratsvorsitzes (die nicht zum ersten Mal den Vorsitz innehaben).

7.4 Veröffentlichungen der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten erstellt eine Reihe von Veröffentlichungen. In einer dieser Veröffentlichungen, „Spotlight on Parliaments in Europe“, werden Informationen über ausgewählte aktuelle Themen, die zwischen den Parlamenten des EZPWD-Netzwerks ausgetauscht wurden, zusammengefasst.

Darüberhinaus enthält die „Weekly Agenda“ Informationen über Maßnahmen, an denen die nationalen Parlamente beteiligt sind, um die Transparenz und Sichtbarkeit der zahlreichen interparlamentarischen Tätigkeiten zu erhöhen. Die „State of Play Note“ enthält Informationen über die Ausführungen der nationalen Parlamente

Im „Spotlight on Parliaments in Europe“ werden Informationen über ausgewählte aktuelle Themen, die zwischen den Parlamenten des EZPWD-Netzwerks ausgetauscht wurden, zusammengefasst.

2019 hat die Direktion zwei Ausgaben herausgebracht:

- Spotlight Nr. 24 – Februar 2019 – Überwachung der Umsetzung von Richtlinien und die Durchführungsmaßnahmen von EU-Verordnungen;
- Spotlight Nr. 25 – November 2019 – Wahlkreise bei nationalen Parlamentswahlen.

Die Veröffentlichungen sind auf der [Website der Direktion](#) abrufbar.

Die *Weekly Agenda* wird allen Mitgliedern des Europäischen Parlaments sowie den Dienststellen des Europäischen Parlaments freitags per E-Mail übermittelt. 2019 wurden 36 Ausgaben der *Weekly Agenda* verschickt. Die Veröffentlichung deckt interparlamentarische Veranstaltungen der nächsten zwei Wochen ab, darunter bilaterale Besuche, interparlamentarische Konferenzen, ICM usw. Es werden Informationen in Bezug auf Datum, Ort und beteiligte Dienststellen des EP veröffentlicht.

Die Direktion erstellt auch eine monatliche Aufzeichnung über die begründeten Stellungnahmen und Beiträge der nationalen Parlamente (*State of Play Note*, siehe Kapitel 5.1.3).

Darüber hinaus betreibt sie eine Website mit Informationen über bevorstehende Aktivitäten und Veröffentlichungen der Direktion.

8. DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN

2019 war für die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten erneut ein Jahr des Wachstums und der Zusammenarbeit. Das Jahr war geprägt von zahlreichen Tätigkeiten, neuen Kollegen und Partnern, der Teilnahme an interparlamentarischen Veranstaltungen auf hoher Ebene, engeren Beziehungen zu den anderen Dienststellen des Europäischen Parlaments und wichtigen Meilensteinen.

Getreu dem Motto der GD PRES, „*Wirkung durch Zusammenarbeit*“, hat die Direktion den Mitgliedern und dem Generalsekretariat des Europäischen Parlaments weiterhin die Dienste und Beratungsleistungen angeboten, die sie benötigen, um die institutionelle Zusammenarbeit und den legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten der EU weiterzuentwickeln.

Die Direktion unterstützt interparlamentarische Tätigkeiten, trägt zur Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die interparlamentarische Zusammenarbeit bei und fungiert als Wissenszentrum für Informationen über die nationalen Parlamente der EU. Sie vertritt das Europäische Parlament in den Verwaltungsnetzen der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie ist zuständig für die Beziehungen zu den Beamten, die die nationalen Parlamente der EU in Brüssel vertreten, und pflegt enge Kontakte mit ihren Verwaltungen.

Die Direktion bedankt sich für die kontinuierliche Unterstützung des Generalsekretärs und des stellvertretenden Generalsekretärs sowie aller Dienststellen in den Generaldirektionen des EP, mit denen sie zusammenarbeitet.

Direktorin: Katrin RUHRMANN

Die Direktion besteht aus zwei Referaten:

Referat Legislativer Dialog

Das Referat Legislativer Dialog ist in erster Linie für den politischen und legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten zuständig. Es plant, koordiniert und organisiert interparlamentarische Treffen auf Ausschussebene, einschließlich der ICM, der Europäischen Parlamentarischen Woche und des GPKA für Europol. Es sorgt ferner für die Überwachung der Subsidiaritätsprüfung und die Folgemaßnahmen mit den Berichterstatern und Ausschüssen bezüglich der Umsetzung des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Das Referat organisiert auch thematische Seminare, an denen die Verwaltungen des EP und der Mitgliedstaaten beteiligt sind, und ist für die Datenbanken CONNECT und CorCom zuständig.

Referatsleiter: Jesús Gómez

Referat Institutionelle Zusammenarbeit

Zu den Zuständigkeitsbereichen des Referats Institutionelle Zusammenarbeit gehört die multilaterale geregelte Zusammenarbeit, d. h. die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, die Sitzungen der Generalsekretäre der Parlamente der EU und die COSAC. Das Referat befasst sich auch mit den bestehenden Netzwerken, insbesondere IPEX und EZPWD, sowie mit der Zusammenarbeit mit der GD EXPO und mit der Koordinierung des Programms zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes und mit Besuchen zum Kapazitätsaufbau.

Referatsleiter: Pekka Nurminen

Dieser Bericht und weitere Informationen zu den Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten der EU sind auf der Website des Europäischen Parlaments abrufbar:

<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/news.html>

ANHÄNGE

ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2019

COSAC-Veranstaltung	Ort, Datum	Themen	Hauptreferenten/Podiumsredner des Europäischen Parlaments
Sitzung der Vorsitzenden	Bukarest, 20./21. Januar 2019	I Prioritäten des rumänischen Vorsitzes im Rat der EU II Steigerung der Kohäsion und Sicherstellung von Konvergenz durch MFR-Instrumente	
Plenarsitzung der LXI. COSAC	Bukarest, 23.-25. Juni 2019	I Ergebnisse des rumänischen Vorsitzes im Rat der EU II Aussichten für die internationalen Handelsbeziehungen der EU; die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vor dem Hintergrund des Brexit III Der europäische Bildungsraum als treibender Faktor für die Neugestaltung und Stärkung des Binnenmarkts IV Wirtschaft auf der Grundlage von Innovation, der technologische Fortschritt und die sozialen Auswirkungen der EU die Rolle der Parlamente bei der Förderung der „neuen Wirtschaft“ in der EU;	
Sitzung der Vorsitzenden	Helsinki, 21./22. Juli 2018	I Vorstellung der Prioritäten des finnischen Vorsitzes im Rat der EU II Welcher Haushalt für europäische Maßnahmen?	
Plenarsitzung der LXII. COSAC	Helsinki, 1. 3. Dezember 2019	I Der finnische Vorsitz im Rat der EU II Förderung der Rechtsstaatlichkeit in der EU und die EU-Charta der Grundrechte III Rede von Maroš Šefčovič IV Eine erfolgreiche Klimastrategie für Europa V Rede von Michel Barnier	Mairead McGuinness, erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

Detailliertere Informationen zu den Tagesordnungen der COSAC-Sitzungen werden von den Ratsvorsitzenden auf der IPEX-Website veröffentlicht:
www.ipex.eu/IPEXL-WEB/home/home.do?appLng=DE

ANHANG II - Von den Ausschüssen des Europäischen Parlaments in Brüssel²⁹ organisierte interparlamentarische Treffen im Jahr 2019

Datum	Ausschuss des Europäischen Parlaments	Veranstaltung		Teilnehmerzahl:			
		Art der Sitzung	Titel der Sitzung	Nationale Parlamente	EP		
				Mitglieder	Parlamente	Kammern	Mitglieder
18./19. Februar 2019	ECON EMPL BUDG	Europäische Parlament-arische Woche: • Konferenz zum Europäischen Semester	Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union	128	27	35	Plenum Tag 1: 11 Plenum Tag 2: 21 ECON ICM: 13 BUDG ICM: 9 EMPL ICM: 5
7. März 2019	FEMM	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Die Macht der Frauen in der Politik	23	17	19	15
1.-2. April 2019	AFET	Interparlamentarische Ausschusssitzung	EU-Außenpolitik und Sicherheit	31	27	32	41
24. September 2019	ECON	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Länderspezifische Empfehlungen	12	7	9	43
4. Dezember 2019	AFET	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Prioritäten der EU-Außenpolitik für den neuen institutionellen Zyklus	38	19	25	32
Gesamtzahl der Teilnehmer				232			190

²⁹ Soweit nicht anders angegeben, handelt es sich bei allen Sitzungen um interparlamentarische Ausschusssitzungen.

ANHANG III – Besuche nationaler Parlamente³⁰ im Europäischen Parlament (einschließlich Videokonferenzen) 2019

Datum / Daten	Land und Kammer	Besucher	Gesprächspartner des Besuchers im EP	Art des Besuchs	Zahl der teilnehmenden Abgeordneten	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
9. Januar 2019	NIEDERLANDE – Tweede Kamer	Abgeordnete	MdEP Tang, MdEP Rosati	Abgeordnete	2	1
22. Januar 2019	NORWEGEN – Storting	Delegation des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	MdEP Ulvskog, MdEP Lenaers	Abgeordnete	10	1
24. Januar 2019	NORWEGEN – Storting	Mitarbeiter des Verbands norwegischer Unternehmen	Bedienstete des EP	Abgeordnete		26
29. Januar 2019	ITALIEN – Senato	Delegation des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten	Vizepräsident Castaldo, MdEP Toia, MdEP Gardini	Abgeordnete	3	1
30. Januar 2019	UNGARN – Országgyűlés	Studienbesuch neuer Mitglieder	Vizepräsidentin Járóka, ungarische MdEP, Bedienstete des EP	Abgeordnete	12	8
31. Januar 2019	ITALIEN – Camera dei Deputati	Ausschuss für EU-Politik (Videokonferenz)	Italienische MdEP des AFCO-Ausschusses	Abgeordnete	NN	
4. Februar 2019	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Commons	Delegation des Ausschusses für den Austritt aus der EU	MdEP Verhofstadt, MdEP in der Brexit-Lenkungsgruppe	Abgeordnete	15	3
5./6. Februar 2019	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Lords	Mitarbeiter	MdEP Corbett, Bedienstete des EP	Mitarbeiter		2
5. Februar 2019	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordnete	MdEP Omarjee, MdEP Manscour	Abgeordnete	2	2
5. Februar 2019	DEUTSCHLAND – Bundestag	Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	AFET-Vorsitzender McAllister, MdEP Fleckenstein, MdEP Olbrycht, MdEP Thomas	Abgeordnete	20	14

³⁰ Nationale Parlamente der EU; Norwegisches Parlament; Nordischer Rat.

5./6. Februar 2019	DEUTSCHLAND – Bundestag	Unterausschuss Europarecht	MdEP Sippel, MdEP Melo, MdEP Regner, MdEP Zwiefka, MdEP Rozière	Abgeordnete	6	2
6. Februar 2019	DEUTSCHLAND – Bundestag	Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union; Unterausschuss Haushalt	CONT-Vorsitzende Gräße, MdEP Thomas, MdEP Olbrycht, MdEP Deprez, MdEP Geier	Abgeordnete	6	7
6./7. Februar 2019	SCHWEDEN – Riksdag	Parlamentspräsident	Präsident Tajani, erste Vizepräsidentin McGuinness	Parlamentspräsident		
6./7. Februar 2019	NORWEGEN – Storting	Abgeordnete	Vizepräsidentin Hautala, MdEP Hökmark, MdEP Kari, MdEP Dohrmann, Bedienstete des EP	Abgeordnete	12	2
19. Februar 2019	ÖSTERREICH – Bundesrat	Delegation des Ausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union	MdEP Freund, MdEP Kadenbach, MdEP Karas, MdEP Schmidt	Abgeordnete	14	2
20. Februar 2019	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Besuch von Abgeordneten zur EU-Strategie für Kunststoffe	MdEP Ries	Abgeordnete	2	1
20. Februar 2019	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordnete	PECH-Vorsitzender Cadec	Abgeordnete	2	3
20. Februar 2019	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Besuch von Abgeordneten zur US-Steuerung in den USA geborener französischer Staatsbürger	MdEP Berès, MdEP Rozière	Abgeordnete	2	1
21. Februar 2019	SCHWEDEN – Riksdag	Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	AFCO-Vorsitzende Hübner	Abgeordnete	15	7
25. Februar 2019	NORWEGEN – Storting	Mitarbeiter der Zentrumspartei	MdEP Jäättteenmäki, MdEP Federley	Mitarbeiter		17
7./8. März 2019	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Commons	Mitarbeiter der Bibliothek des House of Commons	MdEP Corbett, Bedienstete des EP	Mitarbeiter		8

Datum / Daten	Land und Kammer	Besucher	Gesprächspartner des Besuchers im EP	Art des Besuchs	Zahl der teilnehmenden Abgeordneten	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
18. März 2019	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Commons	Verwaltungsmitarbeiter und Berater des Prüfungsausschusses für EU-Angelegenheiten	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		3
18./19. März 2019	TSCHECHIEN – Senát	Mitglied des Senats	MdEP Niedermayer, Bedienstete des EP	Abgeordneter	1	
18./19. März 2019	SCHWEDEN – Riksdag	MdEP	Schwedische MdEP, Bedienstete des EP	Abgeordnete	3	
19. März 2019	ÖSTERREICH – Nationalrat	Wolfgang Sobotka, Präsident	MdEP Becker, MdEP Karas, MdEP Mlinar, MdEP Schmidt, MdEP Vilimsky, MdEP Waitz	Parlamentspräsident	1	2
19. März 2019	SPANIEN – Senado	Pío García-Escudero, Präsident des Senats	Präsident Tajani, MdEP Díaz de Mera, MdEP González Pons	Parlamentspräsident	1	4
19. März 2019	SPANIEN – Congreso de los Diputados	Ana Pastor, Präsidentin des Kongresses	Präsident Tajani, MdEP Díaz de Mera, MdEP González Pons	Parlamentspräsident	1	3
20. März 2019	IRLAND – Houses of the Oireachtas	Vorsitz des Gemeinsamen Ausschusses für irische Sprache	Bedienstete des EP	Abgeordnete	1	1
27. März 2019	NORWEGEN – Storting	Regionale Mitarbeiter des norwegischen Verbands lokaler und regionaler Behörden	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		22
1. April 2019	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordnete	MdEP Pargneaux, MdEP Válean	Abgeordnete	3	
3. April 2019	NORWEGEN – Storting	Mitarbeiter der norwegischen Datenschutzbehörde	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		10
3. April 2019	FINNLAND – Eduskunta	Mitarbeiter zur Vorbereitung der fünften Sitzung des GPKA für Europol	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		1

8. April 2019	NIEDERLANDE – Tweede Kamer	Delegation des Ausschusses für soziale Angelegenheiten	MdEP Lenaers, MdEP Jongerius	Abgeordnete	5	5
16. April 2019	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordnete	MdEP Morin-Chartier, MdEP Guillaume, MdEP Berès, MdEP Riquet, MdEP Bay, MdEP Corazza-Bildt, Generalsekretär Welle	Abgeordnete	2	
16. Mai 2019	FINNLAND – Eduskunta	Mitarbeiter der Abteilung für Kommunikation und Information	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		4
21. Mai 2019	UNGARN – Országgyűlés	Mitarbeiter der Länder der Visegrád-Gruppe (HU, CZ, PL, SK)	Mitarbeiter der Parlamente der Visegrád- Gruppe	Mitarbeiter		6
23. Mai 2019	ÖSTERREICH – Nationalrat	Mitarbeiter	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		11
26. Juni 2019	SCHWEDEN – Riksdag	Mitarbeiter	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		2
11. September 2019	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Lords	Mitglieder des House of Lords	Erste Vizepräsidentin McGuinness, AFET- Vorsitzender McAllister, AFCO-Vorsitzender Tajani, stellvertretender Generalsekretär Winkler	Abgeordnete	1	1
12. September 2019	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Commons	Mitarbeiter	MdEP Monteith, MdEP Brown, Bedienstete des EP	Mitarbeiter		6
18. September 2019 ³¹	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Vorstand des Europaausschusses	MdEP Aubry, MdEP Schirdewan, MdEP Danjean, MdEP García Pérez	Abgeordnete	10	2
23. September 2019	ÖSTERREICH – Nationalrat	Präsident	Präsident Sassoli, Vizepräsident Karas, MdEP Edtstadler	Parlaments- präsident Abgeordnete	1	5
23. September 2019	NIEDERLANDE – Tweede Kamer	Mitarbeiter	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		16

31 Der Besuch fand in Straßburg statt.

Datum / Daten	Land und Kammer	Besucher	Gesprächspartner des Besuchers im EP	Art des Besuchs	Zahl der teilnehmenden Abgeordneten	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
24. September 2019	IRLAND – Houses of the Oireachtas	Ausschuss für EU-Angelegenheiten (Videokonferenz)	Irische MdEP	Abgeordnete	11	
25. September 2019	DÄNEMARK – Folketing	Delegation des Europaausschusses	MdEP Schaldemose, Bedienstete des EP	Abgeordnete	14	2
30. September 2019	ÖSTERREICH – Nationalrat	Mitarbeiter	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		1
3. Oktober 2019	NORWEGEN – Storting	Mitarbeiter der norwegischen Vertretung bei der EU	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		18
2./3. Oktober 2019	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Lords	Besuch von Verwaltungsmitarbeitern, um sich mit dem EP vertraut zu machen	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		3
Oktober 2019	PORTUGAL – Assembleia da República	Besuch von Mitarbeitern zum Europäischen Semester	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		1
9. Oktober 2019	Parlamentarischer EFTA-Ausschuss	Abgeordnete	Erste Vizepräsidentin McGuinness, AFET-Vorsitzender McAllister, IMCO-Vorsitzende De Sutter, INTA-Vorsitzender Lange, MdEP Schwab, MdEP Danielsson	Abgeordnete	6	2
10. Oktober 2019	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Mitglieder der Arbeitsgruppe zum Brexit	Koordinator der Brexit-Lenkungsgruppe Verhofstadt	Abgeordnete	3	1
11. Oktober 2019	SCHWEDEN – Riksdag	Mitarbeiter der Dienstleistungsabteilung	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		4
22./23. Oktober 2019 ³²	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Lords	Delegation des Sonderausschusses für die Europäische Union	MdEP Bearder, MdEP Porritt, MdEP Voaden, AFET-Vorsitzender McAllister, MdEP Kirton-Darling, MdEP Long, MdEP Smith, MdEP Moraes, MdEP Hübner, MdEP Lange, Koordinator der Brexit-Lenkungsgruppe Verhofstadt	Abgeordnete	5	1

5. November 2019	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordneter	ECON-Vorsitzende Tinagli	Abgeordnete	1	1
November 2019	DÄNEMARK – Folketing	Dänischer Verkehrsminister und Delegation des Verkehrs-ausschusses	TRAN-Vorsitzende Delli, MdEP Vind, MdEP Gade, MdEP Ertug, Bedienstete des EP	Abgeordnete	11	6
20. November 2019	ÖSTERREICH – Nationalrat	Mitarbeiter	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		6
20/21. November 2019	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Commons	Besuch von Mitarbeitern zum Handel mit Waren und zu Grenzen	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		8
21. November 2019	FINNLAND – Eduskunta	Team des finnischen Ratsvorsitzes	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		2
2. Dezember 2019	NIEDERLANDE – Tweede Kamer	Nichtständiger Ausschuss für die digitale Zukunft	MdEP Berendsen, MdEP Tang, MdEP van Sparrentak und Mitarbeiter des EP	Abgeordnete	4	2
2. Dezember 2019	SLOWENIEN – Nationalversammlung	Delegation aus Beamten	DG EPRS, STOA			7
4/5. Dezember 2019	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Commons	Besuch von Mitarbeitern zum Thema „Gleiche Wettbewerbsbedingungen“	Bedienstete des EP	Mitarbeiter		8
11./12. Dezember 2019	RUMÄNIEN – Senat	Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen	Vizepräsidentin Charanzová, MdEP Pagazaurtundúa	Abgeordneter	1	
12. Dezember 2019	ITALIEN – Camera dei Deputati	Videokonferenz mit dem Landwirtschafts-ausschuss	Italienische MdEP im AGRI-Ausschuss	Abgeordnete	NN	
am 13. Dezember 2019:	LETTLAND – Saeima	Beamte	Generaldirektor der GD SAFE, Bedienstete des EP	Mitarbeiter		2

ANHANG IV – Daten über das Frühwarnsystem

Anzahl der von nationalen Parlamenten der EU 2019 eingegangenen Beiträge		
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Beiträge
Frankreich	FR – Sénat	13
Frankreich	FR – Assemblée Nationale	11
Spanien	ES – Congreso/Senado	8
Tschechien	CZ – Senát	7
Portugal	PT – Assembleia da República	7
Italien	IT – Senato	5
Deutschland	DE – Bundesrat	4
Tschechien	CZ – Poslanecká sněmovna	2
Rumänien	RO – Camera Deputaților	2
Rumänien	RO – Senatul	2
Österreich	AT – Bundesrat	1
Deutschland	DE – Bundestag	1
GESAMT		63

ANHANG V – Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Beiträge – informeller politischer Dialog

In dieser Tabelle sind die Dokumente aufgeführt, die die nationalen Parlamente der EU als Reaktion auf Entwürfe von Rechtsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie als Reaktion auf eine Vielzahl von nichtlegislativen Dokumenten wie Grün-/Weißbücher oder Mitteilungen der Kommission, die unter das Protokoll Nr. 1 zum AEUV fallen, übermittelt haben.

Von nationalen Parlamenten 2019 eingegangene Beiträge		
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Beiträge
Tschechien	CZ – Senát	23
Rumänien	RO – Camera Deputaților	15
Frankreich	FR – Sénat	10
Tschechien	CZ – Poslanecká sněmovna	10
Portugal	PT – Assembleia da República	8
Vereinigtes Königreich	UK – House of Lords	8
Niederlande	NL – Eerste Kamer	7
Frankreich	FR – Assemblée Nationale	6
Deutschland	DE – Bundesrat	6
Rumänien	RO – Senatul	5
Italien	IT – Camera dei Deputati	4
Schweden	SE – Riksdagen	4
Italien	IT – Senato	3
Slowakei	SK – Národná rada	2
Niederlande	NL – Tweede Kamer	2
Österreich	AT – Bundesrat	1
Dänemark	DK – Folketing	1
Ungarn	HU – Országgyűlés	1
Litauen	LT – Seimas	1
Polen	PL – Senat	1
GESAMT		118

ANHANG VI – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

A. Anliegen, zu denen politische Gremien und Verwaltungsdienststellen des Europäischen Parlaments im Jahr 2019 mittels vergleichender Anfragen das EZPWD-Netz konsultiert haben (5):

- Für einzelne Mitglieder tätige parlamentarische Assistenten: Vorschriften zum Umgang mit Konflikten und Belästigung (Aktualisierung der EZPWD-Anfrage 3001)
- Regierungsunterstützung für parlamentarische Diplomatie in der EU
- Kürzliche Verbesserungen oder Ausweitungen der Dienste für Abgeordnete
- Parlamentarische Ausschüsse: Einsetzung und Mitgliedschaft (Aktualisierung der Anfrage 2158)
- Aufteilung der Vorsitze parlamentarischer Ausschüsse (Aktualisierung der Anfrage 2099)
- Folgenabschätzung und Bewertungskapazitäten in den nationalen Parlamenten
- Das Immunitätsgesetz der Mitglieder nationaler Parlamente
- Strategien und Verfahrensweisen für den Umgang mit sexueller Belästigung in europäischen Parlamenten
- Vorschriften über das Erscheinungsbild und Kleiderordnung im Plenum
- Fragebogen zur Überarbeitung des Handbuchs über die Unvereinbarkeiten und die Immunität der MdEP
- Nachverfolgung der Wähler bei der Wahlbeobachtungsstudie in Georgien
- Nationale Parlamente mit externen Schulungs-/Konferenzzentren
- Parlamentarische Untersuchungsausschüsse
- Fragebogen zum legislativen Initiativrecht der Parlamente
- Fragebogen zur zweiten Kammer

Das Europäische Parlament hat Anfragen anderer EZPWD-Parlamente zu folgenden Themen beantwortet:

- Spirituelle oder religiöse Gruppen im Parlament
- Der Fernsehkanal des Parlaments
- Fragebogen zu Office-Cloud-Diensten
- Der Rechtsstatus von Abgeordneten – Aktuelle Entwicklungen – Fragebogen beim PP&P-Seminar in Brüssel 2019
- Neugestaltung und Verwaltung von Parlamentswebsites
- Elektronische Abstimmung in parlamentarischen Ausschüssen
- Neugestaltung des Front Office des Referats Informationen und Archive
- Einrichtungen für Abgeordnete mit Behinderungen
- In Parlamenten verwendete Zugangskontrollsysteme
- Innovationen und Projekte im Bereich künstliche Intelligenz (KI) in den Parlamenten (im Rahmen des IKT-Seminars)
- Parlamentarische Berichte – Veröffentlichungen zu legislativer Arbeit und Überwachung
- Parlamentarische Kliniken
- Nachhaltiges Beschaffungswesen in Parlamenten

- Umfrage für das EWPWD-Seminar 2019 – „Herausforderungen in einem digitalen Zeitalter: Erhalt, Verwaltung und Förderung der dokumentarischen Veröffentlichungen und des bibliographischen Erbes“
- Suchtechnologie in Parlamenten
- Festlegung von Leistungsindikatoren im Rahmen der programm-basierten ergebnisorientierten Haushaltsplanung von Parlamenten
- Verwendung von Laptops, Tablets und Smartphones in Plenarsitzungen und in Ausschüssen
- Buchung von Besuchen in Plenarsitzungen
- Elektronische Ressourcen (elektronische Zeitschriften und Bücher sowie Datenbanken) in Parlamenten
- Präsenz von Parlamenten in den sozialen Medien
- Parlamentarische Untersuchungen – Untersuchungsausschüsse und ihre Befugnisse
- Nachhaltige Entwicklung – bewährte Verfahren in Parlamenten
- Ausgaben für parlamentarische Dienstreisen und die Nutzung von Reisebüros im Parlament – weitere Fragen
- Elektronische Archivierung
- Automatisches System für die Transkription von Aussprachen (jetzt mit Verknüpfungen zu ähnlichen Anfragen)
- Ausgaben für parlamentarische Dienstreisen und die Nutzung von Reisebüros im Parlament (Aktualisierung der Anfrage 3433)
- Interne Kontrolle und interne Prüfung von Parlamentsdienststellen
- Aufnahme von Einwüfen, Unterbrechungen oder Anmerkungen der Abgeordneten in die stenographischen Berichte der Plenarsitzung

B. EWPWD-Seminare und satzungsgemäÙe Sitzungen im Jahr 2019

SEMINARE		
Seminar – „Unterstützung des Parlaments bei der Haushaltskontrolle“ (Interessenbereich: Wirtschaft und Haushalt)	Den Haag	9./10. Mai 2019
Seminar (Interessenbereich: Bibliotheken, Forschungsdienste und Archive)	Madrid	6.-8. Juni 2019
Seminar – „Parlamente im Internet“ (Interessenbereich: IKT in Parlamenten)	Ljubljana	13./14. Juni 2019
Seminare – „Rechte und Pflichten von Abgeordneten“ (Interessenbereich: Parlamentarische Gepflogenheiten und Verfahren)	Brüssel, Repräsentantenhaus und Senat	24./25. Oktober 2019
Seminar – „Innovationen und Projekte im Bereich künstliche Intelligenz (KI) in den Parlamenten (Interessenbereich: IKT in Parlamenten)	Tallinn	3./4. Oktober 2019
Seminar – „Durch Wissen zum Handeln befähigen: Parlamentarische Forschung im Zeitalter von Desinformationen und Überangebot an Informationen“ (Interessenbereich: Bibliotheken, Forschungsdienste und Archive)	Brüssel, EP	7./8. November 2019

SATZUNGSGEMÄSSE SITZUNGEN		
Sitzung des Exekutivausschusses	Dublin, Oireachtas	21./22. März 2019
Sitzung des Exekutivausschusses	London, House of Commons	5./6. September 2019
Jahreskonferenz der Korrespondenten	Berlin, Bundestag und Bundesrat	10./11. Oktober 2019
Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten, Sitzung der Generalsekretäre	Straßburg, PACE	24./25. Oktober 2019

NATIONALE PARLAMENTE DER EU-MITGLIEDSTAATEN

Dezember 2019



direkt gewählt



indirekt gewählt / ernannt / sonstige

 Belgique/België/ Belgien BELGIEN Kamer van volksvertegenwoordigers/ Chambre des représentants/ Abgeordnetenversammlung 150  Senaat/ Sénat/ Senat 60 	 България BULGARIEN Народно събрание (Narodno sabranie) 240 	 Česká republika TSCHECHISCHE REPUBLIK Poslanecká sněmovna 200  Senát 81 	 Danmark DÄNEMARK Folketinget 179 
 Deutschland DEUTSCHLAND Deutscher Bundestag 709  Bundesrat 69 	 Eesti ESTLAND Riigikogu 101 	 Éire/Ireland IRLAND Dáil Éireann 160  Seanad Éireann 60 	 Ελλάδα GRIECHENLAND Βουλή των Ελλήνων (Vouli ton Ellinon) 300 
 España SPANIEN Congreso de los Diputados 350  Senado 208  58 	 France FRANKREICH Assemblée nationale 577  Sénat 348 	 Hrvatska KROATIEN Hrvatski sabor 151 	 Italia ITALIEN Camera dei Deputati 630  Senato della Repubblica 315  5 
 Κύπρος ZYPERN Βουλή των Αντιπροσώπων (Vouli ton Antiprosopon) 56 	 Latvija LETTLAND Saeima 100 	 Lietuva LITAUEN Seimas 141 	 Luxembourg LUXEMBURG Chambre des Députés 60 
 Magyarország UNGARN Országgyűlés 199 	 Malta MALTA Il-Kamra Tad-Deputati 67 	 Nederland NIEDERLANDE Tweede Kamer 150  Eerste Kamer 75 	 Österreich ÖSTERREICH Nationalrat 183  Bundesrat 61 
 Polska POLEN Sejm 460  Senat 100 	 Portugal PORTUGAL Assembleia da República 230 	 România RUMÄNIEN Camera Deputatilor 329  Senat 136 	 Slovenija SLOWENIEN Državni zbor 90  Državni svet 40 
 Slovensko SLOWAKEI Národná Rada 150 	 Suomi/ Finland FINNLAND Eduskunta 200 	 Sverige SCHWEDEN Riksdagen 349 	 United Kingdom VEREINIGTES KÖNIGREICH House of Commons 650  House of Lords 794 

RELNATPARL@EP.EUROPA.EU

WWW.EUROPARL.EUROPA.EU/RELNATPARL/EN/HOME.HTML

